8. März - Internationaler Frauentag Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 10 vom 11. März 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Aufgrund des Massenprotestes

Bernd Hübner aus der DDR freigekämpft!

Am 2. März, nach fast drei Wochen Haft in den Händen des faschistischen Staatssicherheitsdienstes der DDR, mußte das Honeckerregime den kommunistischen Arbeiter Bernd Hübner, unseren Genossen, freigeben. Die Freilassung Bernd Hübners ist ein großer Sieg, errungen durch den massenhaften Protest der Bevölkerung und den militanten Kampf von Bernds Partei, der KPD/ML. Seine Befreiung wurde nicht erbettelt, sondern erkämpft — gegen die Behörden der sozialfaschistischen Diktatur in der DDR, aber auch gegen die Interessen und den Widerstand der westdeutschen Regierung.

Sofort nachdem die Verschleppung des Genossen Bernd Hübner in die DDR bekannt wurde, organisierte die Partei zusammen mit Bernds Ehefrau den Kampf. Alle Arbeiter, Werktätigen, Schüler und Studenten, die von der Verhaftung Bernd Hübners erfuhren, waren empört über die Skrupellosigkeit und Brutalität des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Viele waren sofort bereit, den Kampf der Partei zu unterstützen. Besonders bekamen diejenigen, die allgemeine Empörung zu spüren, die hier im Westen den Ostberliner Mauerstaat als „Arbeiter- und Bauernparadies" preisen und freiwillige Spitzel- und Agentendienste für die ostdeutschen Sozialfaschisten übernehmen: die Verräter der D„K"P. Die Bonzen dieser Partei konnten sich kaum irgendwo sehen lassen, ohne auf den Terror der Honecker-Gestapo angesprochen zu werden. Viele Kollegen durchschauten bei dieser Gelegenheit erstmals völlig den reaktionären Charakter dieser sozialfaschistischen Verräterpartei. Sie merkten, daß diese Leute aber auch nicht das Geringste mit dem Kommunismus oder Sozialismus zu tun haben.

Wer den Bericht von Bernd über die Zeit seiner Haft liest (siehe Seite 3), merkt, daß die Stasi-Agenten mit allen möglichen schmutzigen psychologisch ausgeklügelten Methoden versuchten, Bernd nicht nur auszuhorchen, sondern ihn auch auf ihre Seite zu ziehen und einen Fuß in die Tür unserer Partei zu bekommen. Doch bei Genossen Bernd ging ihre Rechnung allerdings nicht auf.

Daß Genosse Bernd freigekämpft wurde, ist nicht nur ein Sieg über Ostberlin, sondern auch über Bonn. Die westdeutschen Behörden sind ja nicht etwa deshalb praktisch untätig geblieben, weil sie etwa faul waren. Bei irgendwelchen Fluchthelfern, Faschisten, Agenten und „Dissidenten" à la Biermann machen sie ja sonst einen ganz schönen Wirbel.

Aber hier ging es um etwas anderes, um einen Revolutionär, einen Kommunisten. **Und da sind sich Bonn und Ostberlin im Grunde völlig einig: er gehört ins Gefängnis.** Nur, das die Gesinnung eines Kommunisten in der DDR als „staatsfeindliche Hetze", in der Bundesrepublik aber als „Verächtlichmachung des Staates" bestraft wird. Die Ausbeuterordnung der westdeutschen Kapitalisten ist genausowenig „demokratisch", wie die der ostdeutschen Kapitalisten „sozialistisch" ist. In einem vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland wird es für beide keinen Platz geben. **Die sozialistische Revolution wird sowohl die Herrschaft des sozialfaschistischen ostdeutschen Regimes samt seiner russischen Oberherren wie die der westdeutschen Monopolbourgeoisie zerschlagen.**

Als die Stasi-Schergen Genossen Bernd freiließen, drohten sie: „Sag deinen Genossen der KPD/ML, der nächste, den wir erwischen, kommt nicht so glimpflich davon..." Mag sein. Aber wer sagt denn, daß diese Herren „das nächste Mal" so glimpflich davonkommen? Sie haben Bernd freigelassen, bevor sich der Proteststurm erst richtig erhoben hat. Doch schon die vergangenen drei Wochen Kampf haben bewiesen, wie isoliert das Honeckerregime und seine Freunde, die D„K"P-Verräter, bei den Werktätigen im Osten wie im Westen sind.



Genosse Bernd auf einer Feier nach seiner Rückkehr: „Meine Partei hat mich freigekämpft!"

5,3% sind unverschämter Lohnraub

Schandabschluss der ÖTV-Bonzen

„Nach langen und zähen Verhandlungen, die bis in die frühen Morgenstunden dauerten . . ." Mit solchen Sprüchen versuchen jetzt die ÖTV-Gewerkschaftsbonzen ihren Nacht- und Nebel-Lohnraubabschluß zu verkaufen. Abhör-Minister Maihofer war (wen wundert's?) sehr zufrieden mit dem Ausgang der ÖTV-Tarifrunde, er lobte das „annehmbare Gesamtniveau" des Tarifabschlusses. Für die Kapitalisten und ihren Staat ist dieses Ergebnis allerdings annehmbar — nicht aber für die Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst. Und dies umso weniger, als die zahlreichen Warnstreiks und Protestaktionen, an denen sich Zehntausende beteiligten, klar die große Kampfbereitschaft der Kollegen zeigten. Die Empörung über den Verrat des Gewerkschaftsapparates ist daher groß.

Es liegt auf der Hand, daß Maihofer und Co. es ohne die Handlangerdienste der ÖTV-Bonzen nie geschafft hätten, die Kollegen mit einem solch unverschämten Lohnraub, wie den 5,3%, abzuspeisen. Noch in der zweiten Verhandlungsrunde hatten die ÖTV-Bonzen das 5,2%-Angebot wortradikal als „Provokation" bezeichnet. Zwar streichen sie jetzt natürlich heraus, daß sie ja zusätzlich die 150 DM Urlaubsgeld herausgeholt hätten. Aber erstens waren 300 DM und nicht 150 DM gefordert. Zweitens ist die Forderung nach tariflicher Absicherung eines Urlaubsgeldes schon lange überfällig. So hatte die ÖTV diese Forderung schon 1974 aufgestellt und sie dann trotz des machtvollen Streiks fallenlassen. Das zeigt, wie lange die Kollegen schon darum geprellt werden. Und drittens wissen Kluncker und seine Kumpanen doch ganz genau, daß viele Gemeinden und besonders die kommunalen Versorgungsbetriebe schon längst „freiwillig" ein Urlaubsgeld auszahlen und daß sie dies jetzt auf die 150 DM anrechnen werden.

Fortsetzung auf Seite 4

Abhöraffäre

Bespitzelung Traubes kein einmaliger Fall

Die Fakten im „Fall Traube" sind bekannt: Über ein Jahr lang hat der Verfassungsschutz einen der führenden Atomwissenschaftler der Bundesrepublik bespitzelt, sein Haus beobachtet, seine Post gelesen, das Telephon abgehört, seine Bekanntschaften und Freunde ausspioniert. Man verdächtigte ihn des Umgangs und der Sympathien mit „Terroristen". Als sich der Verdacht nicht bestätigte, brachen die Spitzel in Traubes Wohnung ein und installierten eine „Wanze". Die Aktion war von Bundesinnenminister Maihofer genehmigt. Der Verfassungsschutz betrieb die Entlassung Traubes aus seiner Stellung und hatte damit Erfolg.

Nach der Enthüllung der Tatsachen war die Aufregung groß. Allzu offensichtlich war in diesem Fall der Bruch selbst der reaktionären bestehenden Gesetze, die es dem Verfassungsschutz und den anderen Geheimdiensten erlauben, die Werktätigen der Bundesrepublik in großem Maßstab zu bespitzeln. Angefangen von Bundesinnenminister Maihofer hatten die Bonner Politiker und die bürgerliche Presse deshalb auch nichts Eiligeres zu tun, als eine Reihe von Rechtfertigungen hervorzukramen und die Spuren zu verwischen. Da hieß es z. B. in einer Erklärung Maihofers, es habe eine „einmalige Gefahrenlage" bestanden, ein „übergesetzlicher Notstand", eine „gemeine Gefahr" für das Leben und die Sicherheit der „Bürger unseres Landes". Traube war bekanntlich Geschäftsführer der „Interatom", hatte Zugang zu Atomkraftwerken, und Maihofer scheute sich nicht, die Gefahr von Überfällen und Anschlägen auf Atomkraftwerke in der Bundesrepublik an die Wand zu malen.

Diese teuflische Stimmungsmache, die Spekulation mit der Angst vor atomarer Verseuchung dient nicht allein der Rechtfertigung Maihofers im Fall Traube. Was hier betrieben wird, ist die Rechtfertigung für den bürgerlichen Staat, den Kampf der Werktätigen in der Bundesrepublik gegen die Atomkraftwerke mit allen Mitteln zu unterdrücken, die Empörung der Werktätigen in unserem Land von den kapitalistischen Monopolen und ihrem Staat, in deren Händen die Atomenergie zu einer Gefahr für die Gesundheit und das Leben der Werktätigen wird, abzulenken.

Genauso unverschämt gelogen ist es, wenn Maihofer in einer seiner Erklärungen behauptet, die Bespitzelung Traubes sei ein „einmaliger Fall". Mit solchen Lügen soll doch nur die umfassende Bespitzelung der Werktätigen in unserem Land durch die Geheimdienste, die ständige Ausweitung der Befugnisse des Verfas-

Fortsetzung auf S. 5, Spalte 2

AUS DEM INHALT

Herbert Mies und Berlinguer

Aus dem gleichen revisionistischen Stall

Während die faschistische „Guardia Civil“ auf den Straßen Spaniens mit brutaler Gewalt den Kampf Zigtausender Bauern niederzuschlagen versuchte, versammelten sich in einem Madrider Luxushotel die revisionistischen Verräter Berlinguer, Marchais und Carrillo. Besser hätten die Chefs der pseudokommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens ihren Verrat am Marxismus-Leninismus und der Revolution nicht dokumentieren können. Während sie sich im faschistischen Spanien unter der Schirmherrschaft des Bourbonenregimes und mit Billigung der amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten versammelten, trafen sich in Sofia die Chefs der revisionistischen Parteien Osteuropas, Kubas und der Mongolei.

Die von Berlinguer und Co. repräsentierte revisionistische Strömung, der sogenannte „Eurokommunismus“, hat in der letzten Zeit in allen westlichen kapitalistischen Ländern einen starken Aufschwung genommen. Weil diese Parteien bei jeder Gelegenheit ihre „Unabhängigkeit“ vom sowjetischen Sozialimperialismus betonen, weil sie auch in Worten offen dem Leninismus abgeschworen haben, werden sie von der Bourgeoisie des Westens stark gefördert, die natürlich lieber eine Agentur in den Reihen der Arbeiterklasse hat, die lediglich ihr zu Diensten ist und nicht auch noch der sozialimperialistischen Supermacht. Andererseits ist es klar, daß den sowjetischen Sozialimperialisten diese Entwicklung nicht paßt, weil sie die revisionistischen Parteien als Werkzeuge ihrer sozialimperialistischen, aggressiven, expansionistischen Politik benutzen wollen. Deshalb, und weil sich die Kremlzaren durch ihre Gemeinschaft mit Berlinguer und Co. nicht allzusehr diskreditieren wollen — denn immerhin berufen sie sich in Worten auf die Lehren Lenins, sprechen sie von der Diktatur des Proletariats, um ihre sozialfaschistische Diktatur zu tarnen — hört man aus Moskau und anderswo ab und zu „prinzipielle“ Kritiken ohne Namen und Adresse, von denen aber jeder weiß, daß sie auf Berlinguer, Marchais und Co. gemünzt sind. In die Reihen dieser „Kritiker“ hat sich jetzt auch Herbert Mies, der Chef der revisionistischen D„K“P, gestellt, offensichtlich beflügelt von den Millionensummen, die jährlich aus Ostberlin in die Kassen seiner Partei fließen und sicherlich auch getrieben von der Angst um die Existenz der D„K“P und seiner Karriere, die mit dem jetzigen Kurs steht und fällt.

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr...“

Auf die italienischen und französischen Revisionisten gemünzt, prahlt Mies in der „UZ“: *„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß die Deutsche Kommunistische Partei für den ‚Lohn bürgerlicher Salonfähigkeit‘ auch nur einen Fußbreit abweicht von den Lehren von Marx, Engels und Lenin...“* und beschwört die *„Gesamtstrategie des Kampfes um den Sozialismus“*, *„die Verbindung von Reform und revolutionärer Umwälzung“*, die die Politik der D„K“P angeblich kennzeichnen. Nur, in Wirklichkeit hat sich das Kamel längst durch das Nadelöhr gequetscht, sind die modernen Revisionisten der D„K“P längst von den Lehren des Marxismus-Leninismus abgewichen und haben sie vollständig verraten. In ihrem Wesen unterscheiden sie sich dabei überhaupt nicht von ihren italienischen und französischen Gesinnungsgenossen.

„Das Wesentliche am Verrat der modernen Revisionisten“, heißt es im Programm unserer Partei, *„in den westlichen kapitalistischen Ländern besteht in der betrügerischen Propaganda, das imperialistische System könne auf friedlichem Weg, auf dem Weg der parlamentarischen Mehrheit und der Reform in ein sozialistisches übergeführt werden.“*

Bekanntlich haben Marchais und Berlinguer offen der Diktatur des Proletariats abgeschworen und bezeichnen sie als überholt. Bekanntlich haben sie ebenfalls der gewaltsamen Revolution abgeschworen und bekämpfen sie. Ob man die Diktatur des Proletariats anerkennt oder nicht, ob man die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution anerkennt oder nicht, ist seit jeher die Scheidelinie zwischen den Marxisten-Leninisten und den Verrätern, den Revisionisten. Der angebliche Kommunist Mies schweigt sich in seinem Artikel selbstverständlich über diese Fragen vollständig aus. Die modernen Revisionisten der D„K“P betrügen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen in unserem Land auf die gleiche Weise wie ihre italienischen oder französischen Kumpane. Sie bekämpfen die Diktatur des Proletariats und die Notwendigkeit der gewaltsamen sozialistischen Revolution.

In ihren Thesen heißt es: *„Sie* (die D„K“P) *erstrebt einen Weg ohne Bürgerkrieg.* (...) *Nur im harten Klassen- und Volkskampf gegen den unvermeidlichen Widerstand der großkapitalistischen Interessengruppen kann die antimonopolistische und sozialistische Volksbewegung die Kraft erlangen, um die Reaktion an der Anwendung von Gewalt zu hindern. Aufgrund der heutigen Bedingungen des Klassenkampfes geht die DKP davon aus, daß der Kampf der Arbeiterklasse und der anderen demokratischen Kräfte um die demokratische Erneuerung, um eine antimonopolistische Demokratie, am besten geeignet ist, den Weg zum Sozialismus zu öffnen. Die DKP erstrebt*

Fortsetzung auf Seite 3

2,- DM für das halbe Pfund

Der Butterpreis - ein Skandal

36.000 Tonnen Butter aus EWG-Lagerbeständen sind in diesen Tagen von einer französischen Firma an die Sowjetunion verkauft worden — zu einem Preis von 75 Pfennig für das halbe Pfund. In unseren Läden ist die Butter ein Luxusartikel.

Für die tägliche Butter auf dem Brot muß man hierzulande sage und schreibe zwei Mark für das halbe Pfund bezahlen. Kein Wunder also, daß der Butterverbrauch in den Ländern der EWG von Jahr zu Jahr gesunken ist, obwohl in den Lagerhallen mindestens 300000 Tonnen Butter auf Halde liegen. Ein Widersinn, der allerdings typisch für den Kapitalismus ist. Die Butterproduzenten und Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé, Oetker, Unilever und andere produzieren nicht, um die Bevölkerung ausreichend und preiswert zu versorgen. Ihre ganze Produktion ist darauf ausgerichtet, möglichst hohe Profite zu machen. Je größer aber das Angebot, desto billiger die Butter — wenn der kapitalistische Staat und die EWG nicht eingreifen würden. Um den Nahrungsmittelkonzernen einen möglichst hohen Butterpreis zu garantieren, kauft die EWG jedes „zuviel“ produzierte Kilo Butter den Nahrungsmittelkonzernen zu einem Garantiepreis von gegenwärtig 7,79 DM ab. Bezahlt wird das selbstverständlich aus den den Werktätigen abgepreßten Steuergeldern. Und damit die Handelskonzerne auch noch davon profitieren, subventioniert die EWG Verkäufe aus diesen Lagerbeständen, die von privaten Firmen abgewickelt werden, mit dem Differenzbetrag zwischen dem Weltmarktpreis (gegenwärtig 2,-- DM pro Kilo) und dem Interventionspreis von 7,79 DM. Selbstverständlich wird auch diese Summe wiederum von den Steuergeldern der Werktätigen bezahlt. Die Werktätigen werden also dreimal ausgeplündert. Sie zahlen die überhöhten Butterpreise, die Interventionskäufe und die Exportsubventionen. Und der EWG-Agrarmarkt dient den Monopolen dazu, diese Ausplünderungspolitik im gesamten westeuropäischen Raum durchzuführen.

Gleichzeitig bemüht sich die Bourgeoisie darum, den Bauern den schwarzen Peter für die überhöhten Butterpreise in die Schuhe zu schieben, um die berechtigte Empörung der Werktätigen vom kapitalistischen System abzulenken und vor allem die Kampffront zwischen Arbeitern und Bauern zu sabotieren und zu spalten. Aber die Bauern sind ebenso wie die anderen Werktätigen die Opfer der Ausplünderung durch die kapitalistischen, in der EWG zusammengeschlossenen Monopole. Für einen Liter Milch bekommen sie z. B. gerade 40 Pfennig. Im Laden muß man dafür inzwischen über eine Mark auf den Tisch legen. Vielleicht erhalten die Bauern demnächst einige Prozent mehr. Für die kleinen und mittleren werktätigen Bauern ist das jedoch nur ein Tropfen auf den heißen Stein, der nicht einmal die gestiegenen Kosten für Futtermittel, Maschinen und die Zinsen für ihre meist tief an die Banken verschuldeten Höfe deckt.

Die EWG ist ein Zusammenschluß der westeuropäischen kapitalistischen Monopole, um die Werktätigen in diesem Raum noch mehr auszubeuten und auszuplündern. Für die Arbeiter, die kleinen und mittleren Bauern und die übrigen Werktätigen bringt sie keinerlei Vorteile. Im Gegenteil. Nur im Kampf gegen diese räuberische Institution, gegen die kapitalistischen Monopole und bürgerlichen Staatsapparate können die Werktätigen ihre Lage verbessern.

Kurz berichtet

GIESSEN

Am Freitag, dem 25. Februar, hielten die Genossen der Ortsgruppe Gießen der KPD/ML mehrere Kundgebungen in der Fußgängerzone ab, um die Werktätigen über die Verschleppung Bernd Hübners durch den Staatssicherheitsdienst der DDR zu informieren. Es wurden einige hundert Flugblätter verteilt und eine Wandzeitung, die die Genossen aufhängten, fand große Beachtung.

BREMEN

Am 3. 3. fand in Bremen eine Protestveranstaltung gegen die Verhaftung des Genossen Bernd Hübner durch den Stasi in der DDR statt. 50 Menschen nahmen daran teil, darunter eine ganze Reihe junger Arbeiter, die durch den Kampf der Partei während der letzten Tage dafür gewonnen worden waren, zum ersten Mal eine Parteiveranstaltung zu besuchen. Groß war die Begeisterung aller, als bekanntgegeben wurde, daß Genosse Bernd schon freigekämpft war. Bis zur Veranstaltung hatten die Genossen zahlreiche Unterschriften für die Freilassung von Bernd gesammelt. Allein an einer Schule waren es 60, in einer Berufsschule hatten ganze Klassen geschlossen unterschrieben, in einem Stadtteil konnte der ROTE MORGEN-Verkauf verdoppelt werden. Auf diese breite Unterstützung der Bevölkerung für den Kampf der Partei reagierte die Bourgeoisie mit verstärktem Druck. Zum ersten Mal war beispielsweise das Auftreten des Bremer AP-Trupps „Rote Reporter“ im Stadtteil behindert bzw. verboten worden. Auf der Veranstaltung wurden 193,35 DM für den Kampf der Partei gegen die politische Unterdrückung in beiden Teilen Deutschlands gesammelt.

DORTMUND

In Dortmund fand am 4. 3. 77 eine Veranstaltung statt, die als Protestveranstaltung gegen die Verhaftung des Genossen Bernd geplant war, aber zu einer Siegesfeier wurde, an der Genosse Bernd selbst teilnehmen konnte. Genosse Bernd und seine Frau, die von den über 100 Teilnehmern der Veranstaltung mit großem Beifall begrüßt worden waren, berichteten sowohl über die Zeit der Haft in der DDR als auch über die große Solidarität der Bevölkerung. Auf der Veranstaltung wurden über 800 DM zur Unterstützung der Sektion DDR der KPD/ML gesammelt.

DUISBURG

In Duisburg findet wie in mehreren Städten NRWs zur Zeit eine Polizeischau bei Horten statt. „Die Polizei, dein Freund und Helfer“ — „Die Polizei berät und informiert die Bevölkerung.“ Gegen diese Parolen und Aktionen der Klassenversöhnung verteilte die Stadtteilzelle und die ROTE GARDE Flugblätter und klebten Plakate. Die Reaktion der Bevölkerung, auch gerade der Jugend, war: „Prima, daß ihr etwas gegen die Bullen macht.“ Wir hatten viele gute Gespräche und bekamen neue Kontakte. Man spürte gut, daß sich die Bevölkerung von diesen Parolen der Klassenversöhnung nicht einlullen läßt, sondern ihrem berechtigten Haß Luft macht.

Offen gesagt...

'Chancengleichheit' beim Volksbetrug

Reklame ist teuer — und es spielt dabei keine Rolle, ob es dabei um irgendein Waschmittel oder die Programme, leeren Versprechungen und „Wahllokomotiven“ der Bundestagsparteien geht. Millionensummen haben SPD, FDP und CDU/CSU vor den Bundestagswahlen im letzten Jahr verschleudert, um sich im Kampf um die meisten Stimmen so vorteilhaft wie möglich zu präsentieren. **Ein Volksbetrug großen Stils, bei dem Geld keine Rolle spielte. Schließlich wußte man hinter sich die** kapitalistischen Konzerne, deren **Spenden reichlich flossen. Und daß die Abgeordneten des Bundestages nur allzu gern beide Hände aufhalten, ist ja inzwischen auch zur Genüge bekannt. Und schließlich hat man sich außerdem schon längst ein Gesetz geschaffen, das die Werktätigen** verpflichtet, die Betrugspropaganda, die ihren Kopf vernebeln soll, auch noch selbst zu bezahlen. Genannt wird das dann: Wahlkampfkostenrückerstattung.

Aber die Abgeordnetenpfründe sind begehrt und jede der Parteien sucht ihren Vorteil, sprich, sucht möglichst sich mehr Geld als die anderen zu beschaffen, um ihre „Waschmittelreklame“ mit noch größerem Aufwand an den Mann zu bringen. Es liegt auf der Hand, daß hier die Regierungsparteien immer im Vorteil sind. Ihnen steht zusätzlich noch der ganze, vom Steuerzahler finanzierte Propagandaapparat des Bundeskanzleramtes, der Ministerien, des Presse- und Informationsamtes usw. zur Verfügung. Und alle Parteien haben das, wenn sie irgendwo in den Ländern oder im Bund regiert haben, unbedenklich ausgenutzt. Offensichtlich sind SPD und FDP dabei im letzten Jahr etwas zu weit über das Ziel hinausgeschossen. Auf Antrag der CDU hat nämlich das Bundesverfassungsgericht die Anzeigenserien der Bundesregierung im Wahlkampf als „verfassungswidrig“ erklärt. Wer nun allerdings denkt, daß dieses Urteil irgendwelche folgenschweren Konsequenzen hätte, die Wahl etwa für ungültig erklärt werden könnte, der irrt. Die Bundesregierung erklärt, sie werde das Urteil selbstverständlich „respektieren“. Die CDU erklärt, sie „hoffe“, daß das Urteil in Zukunft respektiert werde und beide gemeinsam überlegen bereits laut, ob man sich angesichts der „neuen Lage“ nicht doch lieber darüber absprechen sollte, gemeinsam den Werktätigen noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen, um den nächsten Volksbetrug zu finanzieren. Insofern ist die Entscheidung des Verfassungsgerichts, daß die „Bundesrepublik Deutschland“, die Werktätigen unseres Landes also, und nicht SPD und FDP die Kosten des Verfahrens zu zahlen hat, wegweisend.

Die Regeln des Anstandes und der Moral werden die Parteien der Bourgeoisie auch in Zukunft nicht beachten. Weder untereinander und schon gar nicht gegenüber den Volksmassen, die sie zu vertreten vorgeben. Ihre Politik ist auf Betrug gegründet, darauf, den Werktätigen Sand in die Augen zu streuen, damit sie sich mit der Ausbeutung und Unterdrückung durch die Bourgeoisie abfinden. Bekanntlich gibt es z. B. kein einziges Gesetz, das es irgendeinem Politiker verbietet, das Blaue vom Himmel herunter zu versprechen, auch wenn es sich offensichtlich um faustdicke Lügen handelt. Diese ganze verkommene Gesellschaft aus Beutelschneidern, Betrügern und Volksverdummern verdient wahrhaftig nichts anderes als in der proletarischen Revolution auseinandergejagt zu werden.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde“. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Genosse Bernd Hübner berichtet

Ich freue mich natürlich sehr, über meine Haftzeit in der DDR berichten zu können. Denn daß ich das bereits nach 2 1/2 Wochen kann, ist ein großer Erfolg des Kampfes der Partei, der ROTEN GARDE und vieler anderer Menschen, für deren Solidarität ich mich hier an dieser Stelle herzlich bedanke.

Wie kam es zu meiner Verhaftung? Ich war mit dem Auto nach Westberlin gefahren und wollte von dort am Samstag, den 12. 2. einen Abstecher nach Ostberlin machen. Gegen 13.30 Uhr passierte ich den Übergang Heinrich-Heine-Straße. Dort wurden an allen Wagen scharfe Kontrollen vorgenommen, auch an meinem. Dabei fanden sie einige „Rote Morgen", Programme und Rechenschaftsberichte. Ich mußte aussteigen und später eine Leibesvisitation über mich ergehen lassen. Mein Wagen wurde auf eine Rampe gefahren und noch einmal durchsucht. Gegen 14.00 Uhr wurde ich dann verhaftet und von drei Stasi-Beamten in ein Untersuchungsgefängnis in Ostberlin gebracht. Dort wurde ich von ca. 14.30 Uhr bis nachts um 3 Uhr verhört. Die hauptsächlichen Fragen waren: Was ich mit der KPD/ML zu tun hätte, welche Tätigkeit ich da ausüben würde, was ich über die Sektion DDR wüßte, was ich in der DDR wollte usw.

Am Sonntag morgen wurde ich dann in ein anderes Untersuchungsgefängnis gebracht. Am Montag begannen die Verhöre, die zwei Wochen lang durchgeführt wurden: von morgens 8 Uhr bis mittags 12.30 Uhr; von 14.00 Uhr bis 15.00 oder auch 16.00 Uhr. Nachts — zwischen 21.00 Uhr und 6.00 Uhr leuchtete immer wieder die Kontrollampe auf, was ziemlich unangenehm war und beim Schlafen störte.

Mit welcher Methode wurden die Verhöre vorgenommen? Die Vernehmer waren sehr freundlich — zu freundlich, muß man sagen. Sie duzten mich, eröffneten mir gleich, sie sähen in mir keinen Feind, sondern einen Arbeiter, der vom Klassenstandpunkt an den Marxismus-Leninismus herangekommen ist und sozusagen nur auf die „schiefe Bahn" geriet. Womit sie offenbar darauf spekulierten, mich in eine politische Diskussion verwickeln zu können. Dann versuchten sie es auch auf die private Tour, indem sie — bei meinen Sachen war ein Angelschein gewesen — versuchten, mit mir ein Gespräch über das Angeln anzufangen und auch über mein Auto. Zwischendurch kamen dann immer wieder die Fragen nach der Sektion DDR, nach der Partei, nach meiner Zugehörigkeit zur Partei usw.

Ende der ersten, Anfang der zweiten Woche fingen sie dann an, mir Punkt für Punkt Stellen aus dem Programm der Partei und dem Rechenschaftsbericht vorzulesen, vor allem solche, die die DDR betrafen. Dann zogen sie über die Zitate von Enver Hoxha in diesen Schriften her und versuchten mich zu provozieren, indem sie hetzten, daß dies ja wohl nichts mit Marxismus-Leninismus zu tun habe.

Am Donnerstag der zweiten Woche bekam ich das erste Mal vom Eingreifen der Partei zu hören. Sie sagten, meine Freunde würden sich regen, das würde die Sache noch in die Länge ziehen. Sie zeigten mir das erste Flugblatt, das von der Partei für meine Freilassung herausgegeben worden war. Ich freute mich da natürlich sehr darüber, daß die Partei den Kampf aufgenommen hatte. Die Stasi-Typen verlangten, nachdem sie mir das Flugblatt vorgelesen hatten, ich sollte eine Gegendarstellung schreiben. Sie hatten sich wohl vorgestellt, damit in Funk, Fernsehen und „Neuem Deutschland" groß herauszukommen. Aber selbstverständlich vergeblich.

Am Montag der nächsten Woche erzählten sie mir von der Demonstration in Westberlin. Zu welchem Zweck, wurde schnell klar. Sie logen nämlich, aufgrund des schlechten Wetters seien höchstens 20-30 Leute zusammengekommen.

Am Dienstag hielten sie mir noch einmal vor, gegen welche Paragraphen ich angeblich verstoßen hätte, daß ich damit rechnen müßte, daß ich dafür ein paar Jahre bekäme, versuchten mich also noch einmal unter Druck zu setzen. Am Mittwoch, dem letzten Tag morgens, tauchte plötzlich ein anderer Beamter des Staatssicherheitsdienstes auf, der drei Stunden lang versuchte, mir ein „Treffen" in Ostberlin schmackhaft zu machen. **Man kann sich meine Empörung vorstellen, daß diese Sozialfaschisten jetzt nach allem anderen auch noch versuchten, mich für ihre Verbrechen als Spitzel zu werben!**

Anschließend kam dann der Staatsanwalt, der mir mitteilte, daß das Verfahren eingestellt sei und nur noch als Zolldelikt betrachtet werde. Zum Schluß erklärte er noch, ich sollte meinen Genossen der KPD/ML ausrichten, der nächste, den sie erwischen würden, käme nicht mehr so glimpflich davon wie ich. Mir selbst drohten sie ständig an, daß ich auch in Neumünster mit weiteren Besuchen des Stasi bzw. „ehrlicher Bürger", nämlich den D„K"P-Revisionisten zu rechnen hätte! Gegen Mittag wurde ich dann nach einer kurzen Verhandlung beim Zoll entlassen. Dabei wurde mir mein Auto weggenommen, und ich mußte außerdem noch 400 DM Geldstrafe bezahlen. Mit den restlichen 100 DM, die mir noch blieben, — erklärten sie dann — sollte ich sehen, wie weit ich käme!

Überwältigend war dann für mich der Empfang auf dem Bahnhof in Neumünster, wo ich vorher angerufen hatte. Ich wurde dort von etlichen Freunden und Genossen und auch Kollegen empfangen mit einem riesengroßen Transparent das vorher — wie ich später hörte — auf verschiedenen Demonstrationen getragen worden war, was mich besonders gefreut hat. Zum Schluß möchte ich noch einmal allen Genossen, für den Kampf, den sie geführt haben, herzlich danken. Gleichzeitig möchte ich sagen, daß die faschistischen Behörden in der DDR niemanden kleinkriegen können, der mit der KPD/ML kämpft. In den vergangenen Tagen habe ich viel vom Kampf der Partei gehört, gerade auch in meinem Heimatort Neumünster. Hieran hat sich gezeigt, daß die Partei, wenn sie kämpft und sich an die Massen wendet, Erfolge erringen und auch Siege gegen den faschistischen Staatssicherheitsdienst erringen kann.

Genossin Doris Hübner berichtet

Alle Genossen und der größte Teil der Sympathisanten waren sofort bereit, alles zu tun, um Bernd aus der Stasihaft freizukämpfen. Einige nahmen gleich Urlaub, so daß ich in der ganzen Zeit keine einzige Minute allein war. Weil alle sich nach Kräften einsetzten, konnten wir in wenigen Tagen über 16.000 Flugblätter stecken und verteilen, 450 Plakate kleben, Unterschriften sammeln, 7 Kundgebungen in der Innenstadt durchführen. Dazu kamen noch Dinge wie Protestresolutionen verabschieden, Bernds Kollegen besuchen und die Vorbereitungen für die Demonstration und die Veranstaltung.

Nach Feierabend halfen mir die Genossen noch nebenbei beim Umzug und den Laufereien, die dafür notwendig sind.

Bald wußte jeder Neumünsteraner, daß Bernd vom Stasi der DDR verschleppt worden war, und viele zeigten große Anteilnahme. Ständig wurden wir gefragt, ob wir schon etwas Neues wüßten, und meine Schwiegereltern bekamen jeden Tag mehrere Anrufe von besorgten Freunden und Bekannten.

In meinem Briefkasten fand ich täglich 10-20 Briefe aus der ganzen Bundesrepublik mit den Abschnitten vom Flugblatt, und viele hatten noch Briefe dazugesteckt, die große Solidarität und Zuversicht ausdrückten. Das hat mir sehr geholfen, wenn mir einmal der Mut sinken wollte.

Besonders gefreut hat mich ein Brief, den ich vom Fernmeldeamt wegen der Anmeldung unseres Telefons bekam. Zwischen den ganzen Papieren für die Anmeldung steckte ein kleiner Zettel mit der Aufschrift: *„Sofortige Freilassung Bernd Hübners aus den Klauen des Staatssicherheitsdienstes der DDR! Auf diesem Wege wollen wir Dir unsere Solidarität mit dem Kampf für die Freilassung Deines Mannes ausdrücken. Bereits sechs Kolleginnen haben die Resolution unterschrieben."*

Breite Empörung

KIEL

Am 25. 2. sammelte der KSB/ML in der Mensa in Kiel Unterschriften für die Freilassung von Bernd Hübner. Trotz Semesterferien wurden während der Mittagszeit 144 Unterschriften gesammelt, 40 „Rote Morgen" und einige Broschüren über die Gründung der KPD/ML Sektion DDR verkauft. Einige KBWler weigerten sich allerdings zu unterschreiben. Zynische Begründung: „Soll doch eure DDR-Sektion was machen, wenn's die gibt." Noch offener begründete der KB-Nord seine Weigerung sich zu solidarisieren: „Verschont uns mit eurer Sozialfaschismus-Nummer!" — Kommentar überflüssig.

MÜNCHEN

Am 23. 2. fand in der Halle der Münchner Universität eine Gedenkfeier für die Geschwister Scholl statt, die vom Hitlerfaschismus wegen ihres antifaschistischen Kampfes hingerichtet wurden. Sie hatten unter anderem im Lichthof von einer Balustrade Flugblätter geworfen, die zum Widerstand aufriefen. Diese Gelegenheit benutzten Genossen des KSB/ML, um auf die Verschleppung von Bernd Hübner in der DDR hinzuweisen, indem sie von der selben Stelle Flugblätter der Partei unter die Studenten warfen.

PROTESTRESOLUTIONEN

Die Redaktion des „Roten Morgen" erhielt zahlreiche Protestresolutionen gegen die Verhaftung des Genossen Bernd Hübner. Unter anderem vom ROTE GARDE-Treff in Singen; Jugendtreff der ROTEN GARDE Westberlin; Stammtisch der KPD/ML in Kitzingen; von der Mitgliederversammlung der RHD Münster; von den Teilnehmern einer Solidaritätsveranstaltung der ROTEN GARDE und der RHD in Buxtehude usw.

UNTERSCHRIFTENSAMMLUNGEN

Überall, wo die Partei und die ROTE GARDE Unterschriften für die Freilassung von Bernd sammelten, stießen sie auf große Solidarität. In vielen Städten unterschrieben ganze Klassen von Schulen geschlossen, in den Betrieben konnten manchmal in einer Abteilung 10-20 Unterschriften gesammelt werden, an den Ständen der Partei und wenn die Genossen von Haus zu Haus gingen, kamen ebenfalls Hunderte von Unterschriften zusammen.

DÜSSELDORF

Von Düsseldorf meldet die „Rhein-Post" vom 4. 3.: „Mit einem zwei Kilogramm schweren Stein zertrümmerten Unbekannte gestern in den frühen Morgenstunden die gläserne Eingangstür zum Technisch-Kommerziellen Büro der Ständigen Vertretung der DDR an der Sternwartstraße in Düsseldorf. Die Fahndung nach den Tätern blieb ergebnislos. Auf dem Kalk-Sandstein ist mit schwarzer Farbe die Forderung nach ‚sofortiger Freilassung Bernd Hübners' geschrieben."

VERANSTALTUNG MIT GENOSSEN BERND HÜBNER
Samstag, den 12. 2. 77, 16.00 Uhr
Neumünster, Aula der Stein-Schule
Schillerstraße (Nähe AEG)

'Solidarität' nach Art der GRF

Daß Genosse Bernd Hübner aus der sozialfaschistischen Haft entlassen werden mußte, ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß der Kampf der Partei breite Unterstützung bei den Werktätigen fand.

Die GRF allerdings suchte man in dieser Front vergebens. Diese selbsternannten Kämpfer gegen den Sozialfaschismus zogen es vor, aus der Verhaftung des Genossen Bernd Münze für ihre antikommunistische Politik zu schlagen. In einem Artikel ihrer Zeitung „Rote Fahne" stellten sie den Kampf der Partei, vor allem die Demonstration vor der DDR-Vertretung in Bonn, als bewußtes Abwiegelungsmanöver hin, mit dem die Partei angeblich den Kampf gegen das AKW Brokdorf sabotieren wollte. Kein Wort der Solidarität mit Bernd Hübner, kein Wort der Verurteilung des sozialfaschistischen Honecker-Regimes! Und ausgerechnet sie werfen uns in dem gleichen Artikel „prorevisionistisches Spaltertum" vor!

Aber wer ist denn hier „prorevisionistisch"? Die GRF war sich schließlich nicht zu schade, die Werbetrommel für den üblen Revisionisten Biermann zu rühren. Wenn es um Leute seines Schlages, wenn es um bürgerliche „Dissidenten" geht, ist die GRF zur Stelle. Dann werden Solidaritäts-Komitees gebildet, wird im Chor mit der bürgerlichen Presse nach Freiheit in der DDR geschrien.

Wenn es aber um die Freiheit für einen Kommunisten geht, der gemeinsam mit seiner Partei, der KPD/ML kämpft, wird die GRF fast ebenso schweigsam wie die Herren in Bonn. Was unterscheidet denn die Reaktion der GRF auf die Verhaftung Bernds von solchen zynischen Bemerkungen, wie sie vom KBW kamen: „Soll doch eure DDR-Sektion was machen, wenn's die gibt"; oder vom KB: „Verschont uns mit eurer Sozialfaschismus-Nummer!" Was ist das anderes als Schützenhilfe für die DDR-Bourgeoisie? Darüber täuscht auch die Tatsache nicht hinweg, daß die GRF durch den Kampf der Partei schließlich gezwungen war, eine Erklärung für die Freilassung Bernds abzugeben.

Mit ihrem schmutzigen Angriff auf die Partei hat die GRF wieder einmal gezeigt, wo sie wirklich steht im Kampf gegen Revisionismus und Sozialfaschismus: auf der Seite der Feinde der Arbeiterklasse. Und das ist schließlich nur konsequent bei einer Gruppierung, die sich im Kampf gegen die neuen Zaren im Kreml nicht nur auf die westdeutschen Imperialisten, sondern auch auf die Honecker-Clique stützen will.

Herbert Mies und Berlinguer

Fortsetzung von Seite 2

diese Umgestaltung auf der Basis der im Grundgesetz verkündeten demokratischen Prinzipien und Rechte."

Also der gleiche revisionistische Stall. Mit Marx, Engels und Lenin hat das nichts zu tun. Lenin lehrte: *„Die Herren Opportunisten . . . ‚lehren' das Volk, der marxistischen Lehre zum Hohn, das Proletariat müsse zuerst mittels des allgemeinen Wahlrechts die Mehrheit erobern, dann aufgrund eines solchen Mehrheitsbeschlusses in den Besitz der Staatsmacht gelangen und erst dann auf dieser Grundlage der ‚konsequenten' . . . Demokratie den Sozialismus errichten. Wir aber sagen aufgrund der Lehre von Marx und der Erfahrungen der russischen Revolution: Das Proletariat muß zuerst die Bourgeoisie stürzen und sich die Staatsmacht erobern."* Und er fährt fort: *„Entweder die Diktatur der Bourgeoisie . . . oder die Diktatur des Proletariats. Wer das nicht aus der Geschichte gelernt hat, ist ein hoffnungsloser Idiot."*

Die Geschichte hat bewiesen, daß die Lehren Lenins richtig sind, die Theorien der modernen Revisionisten dagegen Betrug, die überall Schiffbruch erlitten haben, wie es die chilenische Tragödie vor aller Welt gezeigt hat. Der „Sozialismus in den Farben Frankreichs", wie ihn Marchais predigt und die Thesen der italienischen Revisionisten unterscheiden sich von den Parolen der D„K"P-Revisionisten nur dadurch, daß sie offener sagen, was alle in der Praxis betreiben: Kampf gegen den Marxismus-Leninismus und die proletarische Revolution, um die Ausbeuter- und Unterdrückerherrschaft der Bourgeoisie aufrechtzuerhalten. Das, woraus sie schöpfen, ist nicht der Marxismus-Leninismus, sondern der Chruschtschowrevisionismus.

Die modernen Revisionisten von Mies bis zu Carrillo reden viel von der „Einheit". In Wirklichkeit ist es aber eine Tatsache, die nicht vertuscht werden kann, das sich das gesamte revisionistische Lager in Auflösung befindet.

Die revisionistischen Parteien der westlichen kapitalistischen Länder arbeiten auf allen Gebieten eng mit ihrer einheimischen Bourgeoisie zusammen und haben sich ihr angenähert. Jede kämpft auf ihre Weise für die nationalistischen Interessen der eigenen Bourgeoisie. Bei der Rivalität zwischen den Imperialisten, in erster Linie mit dem sowjetischen Sozialimperialismus, haben sie klar für ihre eigene Bourgeoisie Stellung bezogen, was sie in Gegensatz zu den Kremlzaren bringt. Deshalb hat Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der PAA betont: *„In ihrer Gesamtheit sind die revisionistischen Strömungen, die auf der Grundlage der Abkehr vom Marxismus-Leninismus und des Verrats am Kommunismus entstanden sind, eine Ausgeburt der Kapitulation vor den neuen Situationen, die auftraten durch die weitere Zuspitzung der allgemeinen Krise des Kapitalismus und durch den Druck der Bourgeoisie, durch die zunehmenden Widersprüche zwischen dem westlichen Kapitalismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus und durch die Rivalität zwischen den beiden Supermächten im allgemeinen."*

Unter diesen Umständen ist der allseitige und umfassende Kampf gegen den modernen Revisionismus, gegen jede seiner Abteilungen, notwendiger denn je. Sie alle sind Todfeinde des Proletariats und der sozialistischen Revolution und bekämpfen den Kommunismus. Das Proletariat kann sich nicht befreien ohne den schonungslosen, kompromißlosen Kampf gegen die revisionistischen Verräter.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

5,3% sind unverschämter Lohnraub

Schandabschluss der ÖTV-Bonzen

Fortsetzung von Seite 1

Mit anderen Worten: Der Großteil der Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst bekommt keinen Pfennig mehr, als die 5.3% hergeben, und das sind nicht viel mehr als 40 oder 50 DM netto. Was die zwei zusätzlichen Urlaubstage für die unteren Lohngruppen betrifft, so kosten sie die Herren nicht viel, denn für Urlaubsvertretung wird ja meist doch nicht gesorgt.

Weil Kluncker sich darüber klar war, daß er mit diesem Schandabschluß auf die Empörung der Massen stoßen würde, erklärte er gleich scheinheilig: „ . . . Unsere Erwartungen wurden nicht ganz erfüllt." Aber diese Heuchelei nimmt dem Kapitalisten Kluncker, dessen Einkommen das Vielfache eines Arbeiterlohns beträgt, niemand ab. Läßt man mal die wortradikalen Sprüche beiseite, so propagieren Kluncker und der ÖTV-Apparat doch offen die arbeiterfeindliche Forderung nach Lohnverzicht. Was anderes bedeutet es denn, wenn Kluncker erklärte, das Ergebnis sei „der gesamtwirtschaftlichen Lage und der Situation der öffentlichen Hand angemessen"? Auf gut deutsch heißt das doch: Die Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst sollen sich den Gürtel enger schnallen, damit die „öffentliche Hand" den Kapitalisten noch mehr Milliarden in Form von Investitionszulagen, Steuererleichterungen und dergleichen zuschanzen kann und die Monopole sich auch in der Krise Maximalprofite sichern können.

Vor dem Hintergrund der wüsten Hetze gegen den gerechten Kampf der Arbeiter und kleinen Angestellten im öffentlichen Dienst für ihre Lohnforderungen, wie sie monatelang von der Regierung und von Presse und Fernsehen betrieben wurde, hob sich das scheinradikale Gebaren Klunckers und der anderen ÖTV-Bonzen natürlich ziemlich wirkungsvoll ab. Aber jetzt wird umso deutlicher, daß dies alles nur Demagogie und Schau war, mit der die Kollegen hinters Licht geführt werden sollten.

Die Taktik des ÖTV-Apparates besteht darin, einerseits durch die Verbreitung der Ideologie der „gemeinsamen Interessen" zwischen Arbeitern und Kapitalisten die Kampfbereitschaft der Massen zu untergraben und andererseits bei den Kollegen gleichzeitig Illusionen über die wirklichen Absichten des Gewerkschaftsapparates zu wecken, sie darüber hinwegzutäuschen, daß der ÖTV-Apparat mit dem Kapital und der Regierung unter einer Decke steckt. Auf diese Weise wiegeln Kluncker und Co. immer wieder ab und verhindern, daß unter revolutionärer Führung machtvolle Kämpfe und Streiks ausbrechen.

Um über die Unversöhnlichkeit des Klassenwiderspruchs zwischen Kapitalisten und Arbeitern hinwegzutäuschen, verbreiten die Bonzen und Arbeiterverräter gezielt Parolen wie „Erhöhung der Massenkaufkraft". Damit soll die Vorstellung geweckt werden, daß es nicht an der kapitalistischen Ausbeuterordnung, sondern nur an der „Uneinsichtigkeit" eines Teils der Kapitalisten und Politiker liegt, wenn bis jetzt noch nicht ein „im Interesse aller Beteiligten liegender" Ausweg aus der wirtschaftlichen Misere beschritten wurde. Nach dieser Theorie brauchen die Kapitalisten und der Staat nur die Löhne zu erhöhen und dadurch die Nachfrage zu stärken, um so die Wirtschaft „wieder in Schwung zu bringen". Mit dieser Milchmädchenrechnung soll vertuscht werden, daß Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrisen im Kapitalismus unvermeidlich sind, daß sie letztlich das Ergebnis des unversöhnlichen Widerspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung, zwischen Lohnarbeit und Kapital sind. Die Arbeiter sollen so dazu verleitet werden, sich den Kopf zu zerbrechen, wie man den Kapitalismus durch Reformen von seinen Grundübeln kurieren kann. Nur eines sollen sie nicht: sich im revolutionären Klassenkampf zusammenschließen und den Kampf für den einzigen Ausweg aufnehmen, der in ihrem Interesse liegt — den Kampf für die Zerschlagung des kapitalistischen Ausbeutersystems durch die sozialistische Revolution.

Besonders die revisionistische D„K"P ist es, die bei dieser ideologischen Entwaffnung der Arbeiterklasse eine hervorragende Rolle spielt. Sie versteht es, das Gift klassenversöhnlerischer Illusionen besonders „links" aufzupolieren und sie trägt sie mit ihren Betriebszeitungen und Flugblättern in geballter Form unter die Massen.

Aber nicht nur ideologisch, sondern auch organisatorisch und praktisch zersetzen die D„K"P-Revisionisten systematisch die Kampfkraft der Arbeiterklasse. So setzen sie sich bei den Kämpfen in den Betrieben, bei Streiks gegen Lohnraub usw. nach Möglichkeit an die Spitze, um zu verhindern, daß die Massen militant und kompromißlos für die Durchsetzung ihrer Forderungen kämpfen. Typisch ist, daß sie bei den Warnstreiks die Losung verbreiten, es ginge darum, „der Gewerkschaft bei den Tarifverhandlungen den Rücken zu stärken". So versuchen sie, die Streiks in der Kontrolle des Gewerkschaftsapparates zu halten und sie zu entschärfen. Sie wollen bei den Streiks um jeden Preis die revolutionäre Stoßrichtung und damit die Härte und Durchschlagskraft des Kampfes auslöschen. Demagogisch predigen sie unter dem Stichwort „Einheit der Arbeiterklasse" die Einheit mit dem arbeiterfeindlichen und reaktionären DGB-Apparat. Aber mit allen Mitteln sabotieren sie eine wahre Einheit, eine Einheit, die eine Waffe im Klassenkampf ist und es uns ermöglicht, den Kapitalisten und ihrem Staat echte Schläge zu versetzen. Eine solche Einheit kann nur auf revolutionärer Grundlage existieren, sie muß gegen alle Agenten und Handlanger des Kapitalismus gerichtet sein.

Um aus den Niederlagen zu lernen und um Grundlagen für künftige erfolgreiche Kämpfe gegen Lohnraub, Rationalisierung und Entlassungen zu schaffen, ist es jetzt vor allem notwendig, daß man gegen den Einfluß des DGB- bzw. ÖTV-Apparates und der D„K"P-Revisionisten kämpft und die Kollegen im Sinne des unversöhnlichen Klassenkampfes zusammenschließt. Wir müssen den Widerstand gegen die Angriffe des Staates und der Kapitalisten so vorantreiben und organisieren, daß sich dabei eine starke revolutionäre Opposition der Kollegen gegen den Gewerkschaftsapparat entwickelt und festigt.

Mit Polizei vom Werk geschleppt

Roter Betriebsrat bei F&G entlassen

Am Donnerstag der letzten Woche wurde bei Felten & Guillaume in Nordenham bei Bremen der Rote Betriebsrat Gerd Coldewey fristlos entlassen. Gerd Coldewey war vor zwei Jahren trotz einer wilden Hetzkampagne der IGM mit 28 Prozent der Stimmen gewählt worden. Die Entlassung erfolgte auf Antrag der reaktionären IGM-Betriebsratsclique. Sie erklärten gleichzeitig, Bernd sei aus dem Betriebsrat ausgeschlossen. Dabei scherten sie sich nicht darum, daß sogar nach den bestehenden reaktionären Gesetzen dazu nur das Arbeitsgericht berechtigt ist.

Am gleichen Tag noch wurde Gerd das Kündigungsschreiben an seinem Arbeitsplatz zugestellt. Gleichzeitig wurde er aufgefordert, sofort das Werk zu verlassen. Als er sich weigerte, ließ man ihn durch Polizei und Werkschutz gewaltsam aus dem Betrieb holen. Unter den Kollegen herrscht über diesen unerhörten Angriff der Kapitalisten und des IGM-Apparates große Empörung.

Die Begründung für die fristlose Entlassung: Die Betriebszeitung der KPD/ML, „Roter Strom", würde im Betrieb Unruhe stiften und Gerd Coldewey sei Informant der KPD/ML; deshalb sei er ein „betriebsstörendes Element". Diese unverschämte Begründung läßt sich jedoch nicht einmal mit dem reaktionären Betriebsverfassungsgesetz abdecken.

Am folgenden Tag (Freitag) ging Gerd trotz Werksverbot wieder in den Betrieb. Es gelang ihm ungeachtet der scharfen Kontrollen das Tor zu passieren. Das rief bei seinen Arbeitskollegen in der Halle Begeisterung und Anerkennung hervor. Viele Kollegen hatten auch bereits die auf dem Extrablatt des „Roten Strom" abgedruckte Protesterklärung unterschrieben. Dieses Extrablatt, das an demselben Morgen vor dem Werkstor verteilt wurde, wurde unseren Genossen regelrecht aus den Händen gerissen. Gerd war kaum eine Stunde bei seinen Kollegen, als zum zweiten Mal Polizei und Werkschutz anrückten und ihn brutal aus der Halle schleppten. Die Kollegen protestierten jedoch heftig, sie pfiffen und schrien: „Schweinebande"; „Er ist unser Betriebsrat, wir haben ihn gewählt"; „Das ist ja Faschismus". Ein Arbeiter packte sogar einmal kurz einen Polizisten an und es hätte nicht mehr viel gefehlt, daß die Kollegen gegen die Polizei gewaltsam Widerstand geleistet hätten. Für Montag früh wurden erneut scharfe Kontrollen am Tor angekündigt. Die Bosse und Betriebsratsbonzen haben offensichtlich Furcht vor der Wut der Arbeiter. Schon am Donnerstag hatten sie nach der gewaltsamen Entfernung von Gerd in seiner Abteilung eine Abteilungsversammlung veranstaltet, um abzuwiegeln und einzuschüchtern. Dabei ernteten sie jedoch heftige Proteste und fast wäre noch der Betriebsratsvorsitzende von Kollegen verprügelt worden. In bestimmten anderen Abteilungen, wo sie sich Chancen ausrechnen, versuchen die Bonzen eine Unterschriftensammlung für die Entlassung durchzuführen. Aber offensichtlich erleiden sie damit Schiffbruch. Wir wissen es von einer Frauenabteilung, wo nur 10 Prozent der Frauen unterschrieben haben und auch die nur unter Druck.

Man muß diese brutale Unterdrückungsmaßnahme im Zusammenhang damit sehen, daß im F&G-Konzern eine rücksichtslose Rationalisierungskampagne durchgeführt wird. Einen Tag vor der Entlassung Gerds berichteten die Zeitungen, daß im Werk Köln-Mülheim 1 200 Kollegen auf die Straße gesetzt werden sollen. Insgesamt sollen bei F&G 2 200 Arbeitsplätze abgebaut werden. Für die Restbelegschaft wird die Arbeitshetze ungeheuer verschärft. Diese Pläne haben der „Rote Strom" und Gerd Coldewey schon vor anderthalb Jahren aufgedeckt. Offensichtlich soll die Entlassung von Gerd dazu beitragen, dem Widerstand der Belegschaft gegen die Maßnahmen der Kapitalisten das Rückgrat zu brechen.

Gerd wird mit allen Mitteln gegen seine Entlassung ankämpfen. Er wird unter anderem versuchen, durch einstweilige Verfügungen zu erreichen, daß er sofort seine Tätigkeit als Betriebsrat wieder aufnehmen und auch an seinen Arbeitsplatz zurückkehren kann. Aber Gerd und die Partei wissen natürlich, daß man sich nicht auf die bürgerliche Klassenjustiz stützen kann, sondern letztlich nur auf die Solidarität und den Widerstand der Kollegen. Dementsprechend werden sie den Kampf weiterführen, um diesen Angriff der Kapitalisten und des IGM-Apparates zurückzuschlagen.

Stillegungen bei Mannesmann

Am Mittwoch, den 2. März, erfuhren die Arbeiter und Angestellten der Düsseldorfer Mannesmann-Betriebe Mannesmann-Röhrenwerke (MRW), Reisholz und Kammerich Reisholz GmbH (KAR) aus der Zeitung, daß ihre Betriebe im Laufe dieses Jahres stillgelegt werden sollen. Betroffen sind ca. 1.800 Kollegen. Die Stillegungen bedeuten für sie, daß sie auf die Straße gesetzt und arbeitslos werden.

Vier Tage zuvor fand bei MRW in Düsseldorf eine Belegschaftsversammlung statt, auf der auf Einladung des Betriebsrats Bundespräsident Scheel sprach. Seine Rede strotzte von Dummheit und Zynismus. Er behauptete beispielsweise unverfroren, viele Arbeitslose seien an ihrer Lage selbst schuld, weil sie nicht bereit seien, umzuziehen bzw. längere Anfahrtswege in Kauf zu nehmen, sondern warten würden, „bis ihnen ein Betrieb vor der Haustür errichtet wird". Unklar ist, ob Scheel in die bis dahin geheimgehaltenen Stillegungspläne eingeweiht war. Falls ja, dann war es nicht sonderlich geschickt, daß er folgendes von sich gab: „Das Bemerkenswerteste war, daß in einer Zeit, in der die Arbeitslosenzahl auf über 1 Million gestiegen ist, und viele Betriebe haben schließen müssen, bei den Mannesmann-Röhrenwerken keine Mitarbeiter entlassen wurden. (...) Es lohnt sich zu fragen, wie eine solche für einen Außenstehenden bemerkenswerte Leistung zustandekommt. Das ist deshalb gelungen (....), weil Betriebsrat und Unternehmensleitung als Partner zusammengearbeitet, sich zuweilen auch zusammengerauft haben..."

Die Mannesmann-Bosse lügen frechweg, den von den Stillegungen Betroffenen würden Ersatzarbeitsplätze in anderen Konzernbetrieben angeboten, obwohl allgemein bekannt ist, daß im ganzen Konzern Arbeitsplätze wegrationalisiert werden und daß in verschiedenen Werken Kurzarbeit ansteht. Der Betriebsrat kann es sich natürlich nicht leisten, diese Lügen, an die sowieso kaum einer glaubt, nachzuplappern. Er reitet eine andere Tour, um zu verhindern, daß die Kollegen Kampfmaßnahmen zur Verteidigung ihrer Arbeitsplätze ergreifen. So hat er z. B. ein Bittgesuch an Politiker aller Bonner Parteien geschickt, unter anderem an Bundeskanzler Schmidt, an NRW-Arbeitsminister Farthmann, an Düsseldorfs Oberbürgermeister Bungert, an die Landtagsfraktionen der Parteien usw.

Allerdings werden sie es mit solchen Methoden nicht schaffen, einen größeren Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten vom Kampf abzuhalten. Vielen Kollegen ist doch schon lange klar, daß diese sogenannten „Volksvertreter" in Wahrheit die Interessen der Konzerne vertreten. Wie sogar die „Düsseldorfer Nachrichten" schreiben, „gibt es Stimmen" unter den Arbeitern, „die massive Proteste bis zur Besetzung fordern..." Die Vertrauensleutekörperleitung, an deren Spitze ein D„K"P-Revisionist steht, hat nun für Dienstag eine Protestdemonstration angesetzt, die bezeichnenderweise auch von der Lokalpresse propagiert wird. Bevor man riskiert, daß die Arbeiter und kleinen Angestellten sich auf ihre eigene Kraft besinnen und selbständig Kampfmaßnahmen ergreifen, setzt man sich lieber selbst an die Spitze der Bewegung, um die Kontrolle nicht zu verlieren und um bessere Möglichkeiten zum Abwiegeln und Abwürgen des Kampfes zu haben.

Gleichzeitig arbeitet der IGM-Apparat geschickt darauf hin, in die Bewegung Spaltung, Verwirrung und Resignation zu tragen. So veranstalten die Arbeiterverräter in den Vertrauensleutekörpern einen verlogenen „Solidaritäts"rummel nach dem Motto: „Wir werden in den anderen Mannesmann-Werken alles tun, damit ihr dort unterkommt, selbst wenn wir uns selbst einschränken müssen. Auf diese Linie wurden auf einer gemeinsamen Konferenz alle Vertrauensleutekörperleitungen des Konzerns eingeschworen. So soll auf niederträchtige Weise das Gefühl verbreitet werden, die Stillegungen seien letztlich ja doch unabänderlich.

Proletarische Solidarität heißt jedoch etwas ganz anderes: Es bedeutet, die Kollegen der betroffenen Werke nach Kräften, z. B. mit Solidaritätsstreiks, bei der Durchführung militanter Kampfmaßnahmen, zu unterstützen, bei der Organisierung eines unbefristeten Streiks und der Besetzung der Betriebe, das wäre der einzige erolgversprechende Weg, um die Rücknahme der Stilleungspläne zu erzwingen. Es ist bezeichnend, daß gerade auch die D„K"P-Revisionisten, die in den Vertrauensleutekörpern dick drinsitzen, solche Aktionen mit allen Mitteln verhindern wollen. Die Kollegen müssen deshalb allen Arbeiterverrätern einen Tritt geben und selbständig den Kampf aufnehmen, um ihre Arbeitsplätze zu verteidigen.

Erst 10 Monate Gefängnis - dann

Lebenslange Geldstrafe verhängt

Juni 1976: Die Große Strafkammer des Landgerichts in Münster verurteilt den Kommunisten Andreas M. zu 10 Monaten Gefängnis mit Bewährung. Begründet wurde diese hohe Gefängnisstrafe vom Gericht damit, daß Andreas „Gefangene befreit" und „gefährliche Körperverletzung" gegenüber einem Polizeibeamten begangen habe.

Tatsächlich hatte die Polizei in Münster zwei Jahre zuvor, anläßlich einer Demonstration in Münster gegen den Tod des Genossen Günter Routhier, einen Genossen brutal überfallen, weil er angeblich Flugblätter verteilt hatte. Dabei war es zu Protesten und Auseinandersetzungen mit der Polizei gekommen, in deren Verlauf der damalige Einsatzleiter Zinn mit einem blauen Auge zu Boden ging. Aus diesen Vorgängen, bei denen auch Andreas festgenommen worden war, braute dann die Staatsanwaltschaft eine völlig willkürliche, nur von Polizeizeugen bestätigte Anklageschrift gegen Andreas zusammen, die dann auch die Grundlage für das Terrorurteil wurde.

Aber das war noch nicht alles. Inzwischen nämlich erhielt Genosse Andreas vom Polizeidirektor in Münster eine Schadensersatzrechnung über 45 298,54 DM (!), mit der der kapitalistische Staat Gehalt, Krankenhaus-, Arzt-, Arzneimittelkosten usw. verlangt, die er angeblich für den Polizisten Zinn bezahlt hat. Aber auch das ist noch nicht alles. Denn der Polizist Zinn verlangt nun, nachdem die bürgerliche Klassenjustiz Andreas als den „Schuldigen" festgestellt hat, Schmerzensgeld für eine angebliche Kopfverletzung! Es ist anzunehmen, daß diese zweite Rechnung die erste noch übertreffen dürfte. Aber auch das ist noch nicht alles. Denn der Polizist Zinn will weiterhin, wie er bereits zum Zeitpunkt des Strafprozesses ankündigte, die Zahlung einer lebenslänglichen Rente einklagen! Natürlich kann Andreas diese Unsummen — falls der Polizist Zinn und der bürgerliche Staat mit ihren Forderungen durchkommen — als kleiner Angestellter, der zudem momentan noch in der Ausbildung ist, niemals bezahlen.

Das weiß natürlich auch die Bourgeoisie. Worum es ihr ganz offensichtlich geht, ist, ein Exempel zu statuieren, indem sie einen jungen Kommunisten dazu zwingen will, sein Leben lang an den kapitalistischen Staat zu zahlen, sein Leben lang nur noch das Allernötigste als Lebensunterhalt zur Verfügung zu haben.

Genosse Andreas wird zunächst mit juristischen Mitteln versuchen, gegen diesen beispiellosen Terror vorzugehen. Aber das allein wird nicht zum Erfolg führen. Dazu ist es notwendig, daß die Partei und die Rote Hilfe entschlossen den Kampf aufnehmen, um diesen Versuch, einen jungen Kommunisten mit einer lebenslangen Geldstrafe zu bestrafen, zu vereiteln.

Raus mit den SAVAK-Agenten!

Anfang Februar mußte Regierungssprecher Grünewald erstmals öffentlich zugeben, daß die westdeutschen Behörden seit Jahren eng mit dem SAVAK, dem Geheimdienst des faschistischen iranischen Schahregimes zusammenarbeiten.

Der SAVAK erhält nicht nur sämtliche Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz über revolutionäre, antifaschistische Iraner in der Bundesrepublik ausspitzelt. Die westdeutschen Behörden dulden auch, daß sich die SAVAK-Agenten, zum Teil mit einem Diplomatenpaß ausgerüstet, in der Bundesrepublik herumtreiben, und arbeiten eng mit ihnen zusammen.

Die Unterdrückung der revolutionären, antifaschistischen Iraner in der Bundesrepublik liegt im gemeinsamen Interesse des westdeutschen Imperialismus und des faschistischen Schahregimes. Nach dem amerikanischen Imperialismus, dem Hauptfeind der Völker des Iran, beteiligen sich auch die westdeutschen Imperialisten in großem Maßstab an der Ausbeutung und Ausplünderung der iranischen Volksmassen.

Das faschistische Schahregime garantiert den westdeutschen Imperialisten die Fortsetzung ihrer Räubereien. Um dieses Regime am Leben zu erhalten, sind sie unbedenklich bereit, die grausame und brutale Unterdrückung der iranischen Volksmassen zu unterstützen. Darüber, von welcher Art dieses Regime ist, sagen die über 100 000 politischen Gefangenen, sagt die Tatsache, daß die Mordbanden des Schahs, vor allem der SAVAK, alle zwei Tage einen Freiheitskämpfer töten, mehr als genug. Die westdeutschen Imperialisten behaupten, ihre Zusammenarbeit mit dem Schahregime sei im Interesse des deutschen Volkes, beruhe auf „Partnerschaft" und „gleichberechtigtem Dialog". In Wirklichkeit liegt diese Zusammenarbeit weder im Interesse des deutschen Volkes noch im Interesse der Völker des Iran.

Wir unterstützen deshalb die von der Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik erhobenen Forderungen: „Kampf der Tätigkeit des SAVAK in der Bundesrepublik! Hände weg von der CISNU! Kampf der Unterstützung des faschistischen Schahregimes durch die Bundesregierung!"

Nieder mit dem faschistischen Schahregime!

Spenden

Im Januar und Februar gingen folgende Spenden zur Unterstützung des „Roten Morgen" ein:

27.1.	L. M., Westberlin	10,00
27.1.	G. F., Hannover	20,00
28.1.	L. F., Frankfurt	10,00
31.1.	H. L., Eiterfeld	10,00
31.1.	Th. B., Hamburg	12,00
31.1.	H. S., Westberlin	30,00
1.2.	E. O., Menden	15,00
1.2.	N. J., Westberlin	20,00
1.2.	H. M., Hannover	30,00
2.2.	W. K., Essen	30,00
3.2.	Zelle WH, Dortmund	10,00
4.2.	Soldaten aus Schwanewede	10,00
4.2.	P. P., Westberlin	30,00
8.2.	J. A., Kiel	100,00
8.2.	Ch. St., München	50,00
8.2.	M. S., München	10,00
9.2.	W. H., Hamburg	70,00
10.2.	unbekannt	20,00
11.2.	A. K., Hamburg	20,00
12.2.	Veranstaltung zum RM-Prozeß, Dortmund	73,95
14.2.	R. S., Bremen	30,00
14.2.	A. K., Westberlin	100,00
16.2.	RM-Käufer aus Ludwigshafen	15,00
16.2.	Kunden des Buchladens „Roter Morgen" Dortmund	85,00
17.2.	H. H., Essen	100,00
22.2.	W. M., Nördlingen	100,00
24.2.	M. W., Freisen	12,00
28.2.	E. R., Essen	15,00
28.2.	A. B., Dortmund	50,00
	Gesamt:	**DM 1.157,95**

D'K'P-Schläger verwüsten Essener Parteibüro

Drei Verletzte, schwerer Sachschaden

Freitag, 4. März gegen 18 Uhr; wir hatten gerade eine Wandzeitung zur Freilassung des Genossen Bernd fertiggestellt und wollten den Laden schließen, da flog plötzlich die Tür auf. 8-10 Schläger — mit schweren Holzprügeln bewaffnet — versuchten, rücksichtslos um sich schlagend, ins Parteibüro einzudringen.

Einrichtungsgegenstände flogen umher; hemmungslos ließen sie an allem, was sich ihnen in den Weg stellte, ihre Zerstörungswut aus. Im Laden waren noch Kunden anwesend. Einer ging mit einem Aufschrei zu Boden. Der Arm war gebrochen. Ein Holzknüppelhieb war auf ihn niedergegangen. Hätte er nicht geistesgegenwärtig seinen Kopf geschützt, man kann sich ausmalen, was passiert wäre. Das war versuchter Totschlag. An der Tür leisteten zwei Genossen heftigen Widerstand; sie erlitten Kopfverletzungen, Platzwunden an Schulter und Armen, Prellungen am ganzen Körper. Eine teerartige Masse ergoß sich über den Kopf der Genossen, setzte sich in den Haaren fest, besudelte Gesicht und Körper, Teppich und Gardinen. Fensterscheiben zerbarsten krachend, Splitter flogen umher.

Nach knapp zwei Minuten flüchteten die Schläger in drei bereitstehende Autos, die mit laufendem Motor in einer Nebenstraße warteten. Das Büro sah aus wie nach einem Bombenangriff. Am Boden die klebrige schwarze Masse vermengt mit Holz- und Glassplittern. Ein Krankenwagen brachte den Kunden mit dem gebrochenen Arm sofort ins Krankenhaus. Die verletzten Genossen klärten sofort die fassungslose Bevölkerung über diesen faschistischen Überfall auf.

Allen war klar: Hier hatten fanatische Feinde des Kommunismus zugeschlagen, hier war ein berüchtigter Schlägertrupp der D„K"P am Werk. Das war das Werk von Leuten, die vom Arbeitermörder Honecker ausgehalten werden, die es begrüßen, daß immer wieder neue Morde an Mauer und Stacheldraht begangen werden.

Die zusammengeeilten Passanten verurteilten mit Abscheu diesen für sie unglaublichen Vorfall. Das hatten sie nicht für möglich gehalten, daß Leute, die fortwährend von Sozialismus, Demokratie, Frieden, Entspannung, Arbeiterinteressen reden, in Wirklichkeit Faschisten der übelsten Sorte sind, die gegen wahre Kommunisten und fortschrittliche Menschen mit Terror und Gewalt vorgehen wie früher die SS-Banden. Und feige sind diese Verbrecher dazu. Vor einer Woche kamen sie bei Nacht und Nebel und demolierten eine Schaufensterscheibe. Nun waren sie angerückt, als nur wenige Genossen und Kunden, in der Mehrheit Frauen, im Laden waren.

Wir können sicher sein, wären die Genossen den D„K"P-Schlägern nicht mutig und entschlossen entgegengetreten, wäre es der ganzen Bande gelungen, in das Parteibüro einzudringen, es wäre kein Stein auf dem anderen geblieben. Manche Passanten fühlten sich an die Kristallnacht erinnert. **Aber die Revisionisten der D„K"P können sicher sein, wir werden fortfahren, ihnen die sozialistische Maske vom Gesicht zu reißen, die ihnen ohnehin seit der Verhaftung unseres Genossen Bernd Hübner, recht locker sitzt. Und wir werden sie nicht nur mit Worten bekämpfen. Der Stein, den sie gegen die Partei erhoben haben, wird ihnen auf die eigenen Füße fallen.**

Ein Bericht der Ortsgruppe Essen



Von den D„K"P-Revisionisten überfallenes Parteibüro in Essen

Abhöraffäre

Fortsetzung von Seite 1

sungsschutzes, die Modernisierung seiner Mittel usw. vertuscht werden. Schon heute befinden sich in den Karteien des Verfassungsschutzes die Namen von zwei Millionen Menschen. Das neue Verfassungsschutzgesetz von Niedersachsen sieht die Überprüfung aller Bewerber für den Öffentlichen Dienst durch den Verfassungsschutz vor. In dem gleichen Gesetz heißt es, daß die Beamten und Angestellten der Behörden und Ämter, der Schulen, Krankenhäuser, Anwaltskammern und ähnlicher Einrichtungen dem Verfassungsschutz „unaufgefordert" alle ihre Beobachtungen über eventuelle „Verdächtige" zu melden haben. Und wer ist „verdächtig"? Verdächtig ist jeder Werktätige, der bereit ist, für seine Interessen zu kämpfen, der nicht gewillt ist, die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung kampflos hinzunehmen. Der Verfassungsschutz schleust seine Agenten in die Bürgerinitiativen ein und überwacht ihre Versammlungen. Der Verfassungsschutz beobachtet jeden größeren Streik, versucht die Führer des Streiks ausfindig zu machen und setzt ihre Namen auf seine schwarze Liste.

Der Verfassungsschutz versucht besonders unsere Partei, die KPD/ML, zu infiltrieren, etwas über unsere Mitglieder und Sympathisanten herauszufinden, festzustellen, wie stark unsere Verbindungen zu den Massen sind, usw. weil wir für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung und die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpfen. Die ganze Tätigkeit des Verfassungsschutzes ist darauf gerichtet, die kapitalistische Ausbeuterordnung zu schützen, alle, die dieser Ausbeuterordnung irgendwie gefährlich werden, zu bespitzeln, damit sie im gegebenen Moment unschädlich gemacht werden können. Die Arbeit des Verfassungsschutzes, die Ausweitung seiner Befugnisse und seiner Tätigkeit sind untrennbarer Bestandteil der von der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat betriebenen Faschisierung.

8. März - Internationaler Frauentag

Nur der Sozialismus kann die Frau befreien!

Warum wurde der Internationale Frauentag geschaffen? Clara Zetkin, die deutsche Kommunistin, die sich unermüdlich für die Interessen der proletarischen Frau einsetzte, sagte dazu: „In Anknüpfung an die besonders hervorstechenden Tagesnöte und Tagesforderungen der Proletarierinnen sollte der Frauentag den kampfentschlossenen Aufmarsch proletarischer Männer und Frauen gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihre Grundlage, den Kapitalismus, wie für den Sozialismus organisieren."

Der Internationale Frauentag, der auf Beschluß der II. Sozialistischen Frauenkonferenz im Jahre 1910 entstand, ist also weder ein „Tag der Gleichberechtigung" im Sinne der bürgerlich-revisionistischen Frauenbewegung, geschweige denn ein „Muttertag" im Sinne der reaktionären Blut- und Boden-Ideologie. Er ist ein Kampftag der proletarischen Frauenbewegung, deren Ziel es ist, die Ketten der doppelt ausgebeuteten und unterdrückten werktätigen Frau zu sprengen und ihr mit dem revolutionären Sturz des imperialistischen Systems den Weg zu wahrer Befreiung im Sozialismus und Kommunismus zu erstreiten.

Kampf für die Befreiung der Frau — nur noch ein Stück Geschichte?

So manche Frau schluckt heute lieber den Ärger über ihre täglichen Probleme hinunter, als daß sie dagegen protestiert. Denn mehr noch als gegen den allgemeinen Kampf des Proletariats hetzt die Bourgeoisie heute gegen den Befreiungskampf der proletarischen Frau. Die werktätige Frau ist einem wahren Trommelfeuer ausgesetzt: Was wollt ihr denn, heißt es da, keine Frau steht heute mehr von morgens bis abends am Waschzuber. Sie hat eine vollautomatische Waschmaschine, Staubsauger, Mixer, Spülmaschine, Tiefkühltruhe usw. Keine Frau ist heute mehr gezwungen, 10 bis 12 Kinder zu gebären und großzuziehen. Viele Frauen haben dadurch, daß sie arbeiten gehen, ihren eigenen Verdienst, sind nicht finanziell vom Mann abhängig. Sie haben das Wahlrecht, dürfen überall mitreden, und was die Hausarbeit angeht, ist es heute auch kein gesellschaftliches Tabu mehr, daß der Mann mal abtrocknet oder das Kind spazierenfährt. Was wollen die Frauen also eigentlich noch?

Was sie wollen? Ihre wirtschaftliche, politische und soziale Freiheit! Denn an der doppelten Ausbeutung und Unterdrückung der Frau hat sich in Wirklichkeit überhaupt nichts geändert. Mal ganz abgesehen davon, daß die modernen Haushaltsgeräte schließlich keine milde Gabe des Bonner Familienministeriums sind, sondern von den werktätigen Frauen und Männern hart erarbeitet wurden (während sie für die Elektrokapitalisten eine unerschöpfliche Geldquelle bedeuten), sind diese Dinge schließlich kein Luxus, sondern absolut notwendig, wenn Mann und Frau arbeiten gehen.

Genauso gibt es auch die Arbeiterfrau, die durch ihre Arbeit in der Fabrik, im Büro oder im Kaufhaus, geschweige denn als Bäuerin, „finanziell unabhängig" wird und monatlich über ein Taschengeld von mehreren hundert DM verfügt, nur in der bürgerlichen Propaganda. Daß das nicht so ist, dafür sorgen die Kapitalisten, die den Arbeitern sowieso nur so viel Lohn auszahlen, wie zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft notwendig ist und den Rest, den Mehrwert, in ihre Tasche stecken, und die darüber hinaus die Frau als besonders billige Arbeitskraft betrachten bzw. in der Krise als erste auf die Straße setzen, die den Arbeitern und Arbeiterinnen im übrigen das bißchen Geld, das sie ihnen gelassen haben, wieder aus der Tasche ziehen: über die Miete, die ständig steigenden Preise usw.

Und was die Kinder angeht, so ist gerade ihre Lage im Kapitalismus besonders schlecht. Warum geht denn die Geburtenrate immer weiter zurück? Weil eine Arbeiterfamilie heute bereits mit drei, vier Kindern kaum noch über die Runden kommt; weil es auch heute für die werktätige Frau unmöglich ist, ihre Rolle als Arbeiterin und als Mutter zu vereinbaren; weil der Kapitalismus zwar von der Frau verlangt, daß sie sich als Lohnsklavin an den Kapitalisten verdingt, dieser aber nicht daran denkt, auch die entsprechenden Bedingungen zu schaffen, weil dies seinen Profitinteressen widerspricht. Das Ergebnis ist ein Heer von aufgeriebenen, verzweifelten Frauen, sind wachsende Zahlen von Kindesmißhandlungen, verwahrlosten und gestörten Kindern usw.

Kurz, die Lage der Frau hat sich grundsätzlich nicht geändert; auf sie trifft immer noch zu, was Clara Zetkin vor mehreren Jahrzehnten sagte: Die Frau „**ist hinausgegangen ins wirtschaftliche Leben, um dem Mann einige Hilfe im Erwerb zu bringen und die kapitalistische Produktionsweise verwandelte sie in eine Schmutzkonkurrentin; sie wollte Wohlstand in die Familie bringen und als Folge zog eine größere Armut in die Familie ein; die Proletarierfrau wurde selbständig erwerbend, weil sie ihren Kindern das Leben sonniger und freundlicher gestalten wollte und sie wurde den Kindern zum großen Teil entrissen . . . Die Frau des Proletariers hat ihre wirtschaftliche Selbständigkeit errungen. Aber wahrhaftig! Sie hat sie teuer erkauft und hat praktisch für den Augenblick nichts dabei gewonnen . . .**"



Pierburg/Neuss 1973: Gemeinsam kämpften die deutschen und ausländischen Arbeiterinnen für ihre Forderungen

„Kampf dem Mann"?

„Kampf dem Mann", „die Frau muß gleichberechtigt sein", tönt es angesichts der nach wie vor elenden Lage der Frau aus dem Lager der bürgerlichen Frauenbewegung. Glaubt man diesen „Emmas", rührt das gesamte Elend daher, daß wir in einer sogenannten „Männergesellschaft" leben, was bedeuten soll, daß „die Männer" bei uns die entscheidenden Posten besetzen und deshalb Kraft ihrer Machtpositionen „die Frau" unterdrücken.

Nun ist da natürlich etwas Wahres daran. Vor allem das, daß für einen bestimmten Teil der Frauen tatsächlich der Mann der „Hauptfeind" ist, daß für einen bestimmten Teil der Frauen die Forderung nach „Gleichberechtigung" tatsächlich gleichbedeutend ist mit der Verwirklichung von Freiheit und Demokratie. Für die Frauen der Bourgeoisie nämlich. Für eine Frau Renger, die auf der Bühne der Bonner Politik Karriere machen will, ist tatsächlich der Mann der direkte Gegner. Boxt sie ihn beiseite, kann sie sich selber an seiner statt aus den Steuergeldern der Werktätigen bedienen. Ähnlich ist es mit den bürgerlichen Frauen, die in die Aufsichtsräte der Banken und Konzerne streben, an die Spitzen des imperialistischen DGB-Apparats usw.

Aber was hat die werktätige Frau mit diesen Schmarotzern zu tun, die unter der Flagge der Gleichberechtigung von Mann und Frau segeln, nur um sich in eine Position hieven zu können, in der sie selber von der Arbeit und vom Schweiß der werktätigen Frauen und Männer schmarotzen können, in der sie selber einen größeren Anteil an dem von den Werktätigen geschaffenen gesellschaftlichen Reichtum ergattern, stehlen können?

Nichts, aber auch gar nichts. Während die bürgerliche Frauenbewegung von ihren objektiven Grundlagen her für die Erhaltung und Verteidigung der bürgerlichen Ordnung kämpft, ist es gerade das Interesse der werktätigen Frau, diese bürgerliche Ordnung, Ausbeutung und Unterdrückung abzuschaffen. „Deshalb kann der Befreiungskampf der proletarischen Frau nicht ein Kampf sein wie der der bürgerlichen Frauen gegen den Mann ihrer Klasse; umgekehrt, es ist der Kampf mit dem Mann ihrer Klasse gegen die Kapitalistenklasse." (Clara Zetkin, Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 1, S. 102).

Und zwar gegen den Kapitalismus mit all seinen widerlichen Ausgeburten, die er für die Frau mit sich bringt — mit der Pornographie in all ihren Erscheinungsformen vom wöchentlichen Nacktphoto auf der Illustrierten bis hin zu Beate Uhses Sexshops; von der Prostitution in all ihren Schattierungen — von den eindeutigzweideutigen abendlichen Aufträgen des Chefs an die kleine Sekretärin, über das Heer der Fotomodelle, Schlagersternchen, Schauspielerinnen bis zu den registrierten Huren, aber auch mit der wachsenden Zahl von Überfällen und Vergewaltigungen auf den Straßen. Wobei die bürgerliche Frauenbewegung selbst diesen abgrundtiefen bürgerlichen Sumpf nicht trockenlegen mag, es vielmehr für angebracht hält, im Rahmen der „Gleichberechtigung" nicht etwa die Beendigung dieser Zustände zu fordern. sondern „gleiches Recht für die Frau" , den nackten Mann auf der Illustrierten. den „Puff für Sie" und andere Sumpfblüten mehr.

Nur der Sozialismus kann die Frau befreien

Nicht der „Mann an sich", sondern der Kapitalist, der kapitalistische Staat ist der Feind der werktätigen Frau. Deshalb muß sie ihn im gemeinsamen revolutionären Klassenkampf mit dem werktätigen Mann stürzen, auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats errichten, wenn sie sich von ihrer doppelten Ausbeutung und Unterdrückung als Lohnsklave und Frau befreien will. Deshalb müssen die Frauen nicht für gesonderte, von den Interessen des Proletariats losgelöste Interessen gewonnen, mobilisiert und organisiert werden, sondern für den Kommunismus. Die KPD/ML als Vorhutorganisation des Proletariats ist auch für die werktätige Frau die Organisation, die den Kampf für ihre Interessen am besten und konsequentesten führt. Das heißt natürlich nicht, daß die werktätigen Frauen nicht den Kampf für bessere Bezahlung, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit führen sollen, daß sie nicht für die Durchsetzung von Forderungen eintreten sollen, die es ihnen erleichtern, Arbeiterin und Mutter zu sein (für mehr und bessere Kindertagesstätten, für mehr bezahlten Urlaub für die Zeit, wo ihre Kinder krank sind, für Hausfrauentage usw.). Daß sie nicht gegen die ständigen Preistreibereien, gegen Mietwucher, gegen das volksfeindliche Gesundheitswesen usw. kämpfen soll. Denn wenn die Frauen selbst diesen Kampf nicht führen, wer wird es dann tun? Worauf es ankommt, ist, daß dieser Kampf nicht auf den Rahmen des Kapitalismus beschränkt bleibt, daß er vielmehr darauf orientiert ist, diesen Rahmen zu sprengen mit dem Ziel, eines Tages den kapitalistischen Staat vollständig zu zerschlagen.

„Soll die Frau volle gesellschaftliche Gleichberechtigung mit dem Manne erhalten — in Wahrheit und in der Tat und nicht bloß mit toten Gesetzestexten auf geduldigem Papier — soll sie wie der Mann freie Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten für ganzes Menschtum gewinnen, so müssen zwei Hauptbedingungen erfüllt werden: Das Privateigentum an den Produktionsmitteln ist aufzuheben und durch das Gesellschaftseigentum zu ersetzen; die Tätigkeit der Frau ist der gesellschaftlichen Gütererzeugung in einer ausbeutungs- und knechtschaftslosen Ordnung anzugliedern." (Richtlinien der II. Konferenz der Kommunistischen Internationale zur Frauenarbeit).

Und wo bleibt die Familie?

Im Arsenal der antikommunistischen Propaganda ist es besonders ein „Argument", mit dem die Bourgeoisie gerade die Frauen vom Kampf für die sozialistische Revolution abhalten will. „Die Kommunisten wollen die Familie abschaffen", hetzen sie, „im Kommunismus ist die Frau nicht mehr Ehefrau und Mutter, sondern nur noch zum Arbeiten da."

Da kann man nur sagen: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Wer ist es denn, der die Familie zerstört? Wer sorgt für zerrüttete Ehen, ständig steigende Scheidungsziffern? Wer hat die Prostitution zum Blühen gebracht und den „Seitensprung" für schick erklärt? Wer findet ständig und besonders am „Muttertag" rührselige Worte für die Mütter und macht es auf der anderen Seite unmöglich, daß die Kinder unseres Volkes gesund und glücklich aufwachsen? Das ist der Kapitalismus selbst — nicht nur der westlicher Prägung, sondern genauso der östlicher, revisionistischer Prägung, wie etwa das Beispiel der DDR mit den seit der Zeit der Restauration des Kapitalismus dort ständig steigenden Scheidungsziffern zeigt. Bereits Karl Marx stellte fest: **„Die bürgerlichen Redensarten über Familie und Kindererziehung, über das traute Verhältnis von Eltern und Kindern werden um so ekelhafter, je mehr infolge der großen Industrie alle Familienbande für die Proletarier zerrissen und die Kinder in einfache Handelsartikel und Arbeitsinstrumente verwandelt werden."** (Kommunistisches Manifest).

Das sind die Familienverhältnisse, wie sie der Kapitalismus geschaffen hat. **Sie** wollen wir Kommunisten abschaffen, nicht die Familie überhaupt. Wer propagiert, man müsse sich vor allem aus den Fesseln der Familie befreien, wie das kleinbürgerliche Frauenzirkel tun; wer den Kampf der werktätigen Frau darauf orientieren will, sich in stundenlangen Sitzungen über ihr Ehe- und Sexualleben, über Kindererziehung, freie Liebe usw. auszulassen, der arbeitet der Bourgeoisie direkt in die Hände, die ja gerade will, daß die Frauen sich auf diesen beschränkten Gesichtskreis von Liebe, Männer, Küche und Kinder zurückziehen, daß sie sich nicht für alle Probleme des gesellschaftlichen Lebens interessieren und den Kampf gegen die Ursache des allgemeinen Elends, den Kapitalismus, aufnehmen.

Nein, das Familienleben überhaupt abschaffen zu wollen, nur weil der Kapitalismus es zerstört, pervertiert, ist genauso absurd, als wollte man im Sozialismus die Kunst abschaffen, nur weil der Kapitalismus nicht imstande ist, andere „Kunstwerke" als dekadenten Unsinn hervorzubringen.

Nein, wir Kommunisten sind für die Familie, die sich im Sozialismus — wie schon Friedrich Engels sagte — **„weit davon entfernt zu verschwinden, sich im Gegenteil erst vollständig entfalten"** wird. Natürlich rühren wir damit nicht die Werbetrommel für eine spießbürgerliche Scheinidylle, in der die Familie, abgekapselt von der Welt, vor sich hindämmert, in der — vor allem für die Frau — alles beim Alten bleibt.

Die Familie ist im Sozialismus die kleinste Zelle der Gesellschaft, in der weder der Mann die Frau unterdrücken darf, noch die Eltern die Kinder; in der jedes Familienmitglied die Möglichkeit haben soll — aber auch die Pflicht hat — aktiv am Aufbau des Sozialismus, an der Fortführung der sozialistischen Revolution teilzunehmen. Damit diese Forderung nicht auf dem Papier stehenbleibt, damit im Sozialismus die Frau tatsächlich in der gleichen Weise wie der Mann ihre Fähigkeiten sowohl in der Produktion als auch im gesellschaftlichen und kulturellen Leben erfüllen kann, ist es vor allen Dingen notwendig, den privaten Haushalt zu vergesellschaften und die Kindererziehung als gesellschaftliche Aufgabe zu betrachten und anzupacken.

Bereits Lenin stellte fest, daß im privaten Kleinhaushalt die Frau zur „Haussklavin" wird, **„erdrückt, erstickt, abgestumpft, erniedrigt von der Kleinarbeit der Hauswirtschaft, die sie an die Küche und an das Kinderzimmer fesselt und sie ihre Schaffenskraft durch eine geradezu barbarisch unproduktive, kleinliche, entnervende, abstumpfende, niederdrückende Arbeit vergeuden läßt. Die wahre Befreiung der Frau, der wahre Kommunismus wird erst dort und dann beginnen, wo und wann der Massenkampf (unter Führung des am Staatsruder stehenden Proletariats) gegen diese Kleinarbeit der Hauswirtschaft oder, richtiger, ihre massenhafte Umgestaltung zur sozialistischen Großwirtschaft beginnt."** (Lenin, Bd. 29, S. 419).

Diese Ziele wurden im sozialistischen Albanien von Anfang an Schritt für Schritt verwirklicht. Für alle Kinder von arbeitenden Frauen gibt es Plätze in Kinderkrippen und -gärten; Großwäschereien und -küchen wurden eingerichtet usw. Gleichzeitig wurde und wird der Kampf gegen solche Ansichten geführt, daß — solange die Stunde der sozialistischen Großwirtschaft noch nicht überall geschlagen hat — es eben Sache der Frau sei, den Haushalt zu besorgen, und Überzeugungsarbeit dafür geleistet, daß jeder seinen Teil der Hausarbeit zu tragen hat. Unter diesen Bedingungen, unter der ständigen Fürsorge des sozialistischen albanischen Staates, der eingedenk des Leninschen Wortes: **„Jede Köchin muß lernen, den Staat zu lenken"**, den Frauen jede Hilfe leistet, verantwortliche Aufgaben für den sozialistischen Staat und für die sozialistische Gesellschaft zu übernehmen und zu erfüllen, vollbringt die albanische Frau, die noch vor wenigen Jahrzehnten unter den barbarischen Verhältnissen des Feudalismus litt, heute überall, in Stadt und Land, in Staat, Partei und Betrieb großartige Leistungen, die ihr die Achtung des gesamten Volkes eingebracht haben und deren Ergebnisse beweisen, daß es vollständig richtig ist, wenn Genosse Enver Hoxha sagte: **„Unsere Partei hat den großen Kampf für die Emanzipation der Frau immer als unlöslichen Bestandteil der Revolution und des Sozialismus betrachtet, als conditio sine qua non für die Entwicklung und das Voranschreiten zu wahrer Freiheit und Demokratie und wird das auch weiter tun."**

Kämpft mit der KPD/ML für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

„Die Frauen Albaniens haben heute alle Grundlagen, die ihre vollständige Befreiung garantieren. Dies ist die Macht der Diktatur des Proletariats." Diese Worte der Vorsitzenden des albanischen Frauenverbandes, Vito Kapo, die die Erfahrungen der albanischen Frau wiedergeben, sollten uns, den werktätigen Frauen in Deutschland, nicht nur ein Wegweiser sein für das Ziel, auf das hin der Kampf für die Befreiung der werktätigen Frau orientiert sein muß. Sie sind auch eine Ermutigung, ein lebendiger Beweis dafür, daß die proletarische Frauenbewegung keineswegs einem Phantom nachjagt, wie es die Bourgeoisie behauptet. Gestützt auf den Marxismus-Leninismus und unter Führung der KPD/ML werden auch die werktätigen Frauen Deutschlands, Seite an Seite mit dem werktätigen Mann, ihren gemeinsamen Feind, den Imperialismus im Osten wie im Westen Deutschlands stürzen und im vereinten, unabhängigen und sozialistischen Deutschland die „Grundlage aller Grundlagen" zu ihrer endgültigen Befreiung schaffen.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Dominikanische Republik

Kampf für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei

Eines der Hauptprobleme, das sich heute den neuen marxistisch-leninistischen Parteien und Organisationen stellt, ist der Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten, für den Aufbau und die Konsolidierung einer einzigen und wirklichen marxistisch-leninistischen Partei, die fähig ist, das Proletariat und die breiten werktätigen Massen im Kampf für den Sieg der Revolution und des Sozialismus zu leiten. Angesichts der verschiedenen brutalen Feinde, die in vielen Gesichtern auftreten und versuchen, auf jede Weise in die marxistisch-leninistische Bewegung einzudringen, verstehen die Marxisten-Leninisten genau, daß die Arbeiterklasse eines jeden Landes die Einheit braucht, eine wirklich revolutionäre Führung, ihre marxistisch-leninistische Partei braucht, von der es nur eine gibt, da der Marxismus-Leninismus eins und unteilbar ist und die Proletarier keine verschiedenen einander entgegengesetzte Interessen haben.

Ein besonderes Augenmerk richtet die marxistisch-leninistische Organisation der Dominikanischen Republik, „Bandera Proletaria", auf dieses Problem. Im Zusammenhang damit veröffentlicht die Zeitung „Bandera Proletaria", Organ dieser Organisation, einen Artikel, der auf den Weg eingeht, auf dem sich die marxistisch-leninistische Bewegung in der dominikanischen Republik entwickelt hat, auf die verschiedenen Schritte, die hin zur Festigung der Einheit der Marxisten-Leninisten erreicht wurden. Der Artikel zeigt zugleich die Notwendigkeit auf, die marxistisch-leninistische Partei in der Dominikanischen Republik wiederaufzubauen.

„Infolge des Aufkommens des modernen Revisionismus in der internationalen kommunistischen Bewegung und der Entartung der Partei der Bolschewiki Lenins und Stalins sowie zahlreicher anderer kommunistischer Parteien der Welt einschließlich auch der ersten marxistisch-leninistischen Partei der Dominikanischen Republik", schreibt die Zeitung „Bandera Proletaria", „entstanden in unserem Land einige wirklich marxistisch-leninistische Gruppen, die entschlossen den Chruschtschow-Revisionismus und andere Schattierungen des Opportunismus bekämpften und sich die Aufgabe stellten, die marxistisch-leninistische Partei wiederaufzubauen. In dieser Zeit entstanden die *„Linea Roja"*, (Rote Linie), die *„Voz Proletaria"* (Proletarische Stimme) und die *„Bandera Roja"* (Rote Fahne). Diese Gruppen legten im wesentlichen gleiche ideologisch-politische Plattformen vor. Sie stellten sich die Aufgabe des Wiederaufbaus einer wirklich marxistisch-leninistischen Partei, um die Arbeiterklasse, die Bauern und übrigen Volksmassen in dem Kampf zur Beendigung der Herrschaft des USA-Imperialismus und der reaktionären Klassen zu führen. Obwohl einige Widersprüche existierten, verfolgten diese Gruppen im wesentlichen ähnliche Taktiken, mobilisierten die Massen und vereinten die revolutionären und demokratischen Kräfte zum Sturz der Balaguer-Diktatur. Unter diesen Umständen entstand eine neue Phase in der Entwicklung der dominikanischen marxistisch-leninistischen Bewegung, die Phase des Wiederaufbaus der marxistisch-leninistischen Partei auf revolutionären proletarischen Grundlagen.

Die ersten Schritte in dieser Richtung wurden von den Gruppen *‚bandera roja'* und *‚Voz Proletaria'* getan, die übereinkamen, den Prozeß der Vereinigung der beiden Organisationen parallel zu dem Kampf um die Vereinigung mit den anderen marxistisch-leninistischen Gruppen voranzutreiben. Die Vereinigung von *‚bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* stand nicht im Gegensatz zu dem Kampf um die Einheit, der von allen marxistisch-leninistischen Organisationen geführt wird. Im Gegenteil! Sie unterstützt und fördert diesen Prozeß. Das war ein konkretes Beispiel, das die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Dominikanischen Republik noch mehr verstärken sollte.

Ausgehend von diesen Kriterien und gleichzeitig dafür kämpfend, den Prozeß der Vereinigung mit den anderen marxistisch-leninistischen Gruppen voranzutreiben, arbeiteten *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* ein Vereinigungsprogramm aus. So wurde beschlossen, die Herausgabe besonderer Propagandaorgane der beiden Organisationen, der Zeitungen *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* einzustellen, damit der Weg frei wurde für die Herausgabe eines gemeinsamen Organs beider Organisationen. **So entstand die Zeitung *‚Bandera Proletaria'*** als gemeinsames Organ der beiden Organisationen. Diese Zeitung hat eine wichtige Rolle gespielt, um die Vereinigung von *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* sowie die Bewegung zur Vereinigung der Marxisten-Leninisten im ganzen Land voranzutreiben.


¡PROLETARIOS DE TODOS LOS PAISES UNIOS!

BANDERA PROLETARIA

Por la Unidad de los M-L dominicanos para fundar el Partido Proletario; por un Gobierno Democrático-Popular, por la dictadura del proletariado, el socialismo y el comunismo; contra el imperialismo, el socialimperialismo y la reacción interna

ORGANO DEL GRUPO M–L BANDERA PROLETARIA

Nueva Epoca, Santo Domingo, República Dominicana, Octubre de 1976, Nos. 6 y 7, 10 Ctvos.

EDITORIAL:
NACE BANDERA PROLETARIA

!! VIVA LA UNIDAD MARXISTA-LENINISTA-MAOISTA!!

ACLARACION | Los dirigentes y militantes de VOZ PROLETARIA y

Organ der Gruppe Marxisten-Leninisten Bandera Proletaria

Diese Lage schuf die Möglichkeiten, eine Versammlung einzuberufen, an der die Zentralkomitees, die Angehörigen der leitenden Organe und Vertreter der Zellen beider Organisationen teilnahmen und die am 28. Februar vorletzten Jahres stattfand. Auf dieser Versammlung wurde das provisorische gemeinsame Zentralkomitee für die beiden Organisationen geschaffen und als Aufgabe gestellt, die Herausgabe der gemeinsamen Zeitung ***‚Bandera Proletaria'*** fortzusetzen und die Bedingungen für die Abhaltung der ersten Konferenz für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der Dominikanischen Republik zu schaffen.

Inzwischen entwickelte sich neben der Festigung der Einheit zwischen *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* auch der allgemeine Vereinigungsprozeß der wichtigsten marxistisch-leninistischen Gruppen weiter. Nach einer Reihe zahlreicher Diskussionen und Treffen zum Meinungsaustausch und auf voller ideologischer Übereinstimmung und Meinungseinheit zu einigen wichtigen Problemen gelangten diese Organisationen im September des Jahres 1975 zu einem 16-Punkte-Abkommen, das als Endziel die Gründung der Partei der Dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten hatte. **Gleichzeitig wurde das Komitee zur Gründung der Partei der Dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten als besonderes Mittel zur Erreichung dieses Ziels geschaffen.** Ein wichtiges Ergebnis in dieser Hinsicht war das am 12. April 1976 zustandegebrachte Abkommen über die allgemeine politische Situation im Land und über die zu verfolgende Taktik. Mittels eines Aufrufes an alle Patrioten des Landes wiesen die vier marxistisch-leninistischen Gruppen auf die Notwendigkeit der Schaffung einer nationalen patriotischen Front hin, um für eine patriotische und demokratische Regierung, für die nationale Unabhängigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt zu kämpfen.

Gleichzeitig trieben die Organisationen *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'*, die mit Enthusiasmus und allen Kräften in dem Komitee für die Gründung der Partei der Dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten arbeiteten, den Prozeß ihrer vollständigen Vereinigung weiter voran mit dem Ziel, den Prozeß der Vereinigung der Marxisten-Leninisten im ganzen Land zu verstärken und zu beschleunigen.

In einem hohen revolutionären proletarischen Geist und unter den Bedingungen voller Illegalität wurde am 24., 25. und 26. September vergangenen Jahres die erste Konferenz für die Einheit der Marxisten-Leninisten der Dominikanischen Republik abgehalten, auf der die vollständige und endgültige Verschmelzung der beiden Gruppen und die Schaffung der einheitlichen Organisation *‚Bandera Proletaria'* erreicht wurde. Das war ein bedeutender Schritt hin zum Wiederaufbau der marxistisch-leninistischen Partei in der Dominikanischen Republik.

Die Krönung des Prozesses der Vereinigung zwischen *‚Bandera Roja'* und *‚Voz Proletaria'* sowie die von der ganzen marxistisch-leninistischen kommunistischen Bewegung der Dominikanischen Republik erreichten Fortschritte sind logische Folge eines komplexen Prozesses und Ergebnis des Klassenkampfes in der Dominikanischen Gesellschaft. **Daher ist auch der Tag nicht mehr fern, an dem sich die marxistisch-leninistischen Gruppen des Landes vollständig vereinigen und die Partei der Dominikanischen Werktätigen/Marxisten-Leninisten gegründet wird."**

(Eine Sendung von Radio Tirana)

Grußadresse der KP Neuseelands an den III. Parteitag der KPD/ML

An das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten.

Liebe Genossen!

Wir möchten Euch und allen Mitgliedern Eurer Partei unsere heißen, revolutionären Grüße übermitteln.

Wir haben das gemeinsame große Ziel, durch korrektes revolutionäres Handeln in unseren beiden Ländern die Diktatur des Proletariats zu errichten und eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Wir haben beide das gemeinsame Ziel des Kommunismus.

Unserer Ansicht nach müssen wir, um dies zu erreichen, immer wachsam sein, nicht nur gegen den Klassenfeind außerhalb unserer Reihen, sondern auch gegen das Eindringen fremder Ideologien in unsere Partei..

Deshalb betrachten wir den Kampf zweier Linien — zwischen der offenen und versteckten bürgerlichen Ideologie in ihren vielen Formen und der Ideologie des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen — als lebensnotwendig.

Wenn wir fest bleiben und in Theorie und Praxis unser Verständnis der Ideologie des Marxismus, des Leninismus und der Maotsetungideen weiterentwickeln, dann werden wir uns beide als fähig erweisen, die großen revolutionären Kämpfe, die vor uns liegen, zu führen.

Mit kommunistischen Grüßen,

Nationales Sekretariat der Kommunistischen Partei Neuseelands

V. G. Wilcox, Generalsekretär.

Grußadresse des Pan Africanist Congress of Azania an den III. Parteitag

Im Namen des Zentralkomitees des Pan Africanist Congress of Azania senden wir dem Zentralkomitee und Eurer ganzen Partei anläßlich Eures III. Parteitages unsere heißesten Grüße und Glückwünsche.

Die internationale Solidarität, die zwischen der KPD/ML und dem Pan Africanist Congress of Azania errichtet worden ist, wird sich weiter verstärken. Das Band, das zwischen uns besteht, wird tatsächlich durch den proletarischen Internationalismus charakterisiert und unser Kampf gegen den Imperialismus, Revisionismus und Hegemonismus, gegen die beiden Supermächte, wird sich verstärken bis die wirkliche Unabhängigkeit unserer beiden Länder gewonnen ist.

V. Mngaza,

Repräsentant des Pan Africanist Congress in Europa

Bauernkämpfe in Spanien



Demonstration der Landarbeiter im Herbst 1976

Die Bauern in 18 spanischen Provinzen haben sich zum Kampf für die Verbesserung ihrer Lage gegen das monarchofaschistische Regime erhoben. Die Bauern demonstrierten unter anderem gegen die sehr niedrigen Handelspreise für Kartoffeln, Sojabohnen und andere Güter. Sie fordern eine Sozialversicherung und die Freiheit, sich in Gewerkschaften zu organisieren.

Die Lage der spanischen Bauern hat sich in den letzten Jahren immer mehr verschlechtert. Das ist das Ergebnis der brutalen Ausplünderung der Bauern durch die Großgrundbesitzer und die internationalen Monopole und Banken. Es ist vor allem auch das Ergebnis der Öffnung des spanischen Marktes für die Agrarexporte der US-amerikanischen Monopole, die das monarchofaschistische Regime betreibt.

Die Bauern haben inzwischen mit etwa 80.000 Traktoren die Straßen abgeriegelt und dadurch den Verkehr lahmgelegt, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Um die Demonstranten auseinanderzutreiben, wurde die faschistische Polizei eingesetzt, die selbst zu den Schußwaffen griff. Im Verlauf der Kämpfe wurden zwei Bauern verletzt und Dutzende weitere festgenommen. Doch trotz der Gewalt der Faschistenpolizei setzen die Bauern ihre Protestaktion fort.

HÖRT RADIO TIRANA!

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



MEK-Terror in der Wilstermarsch

„Meine Freunde und ich kamen ca. um 19. 30 Uhr in Wilster an und haben dort nach einer Mitfahrgelegenheit nach Itzehoe gesucht, wo wir unser Auto geparkt hatten. Zufällig traf ich einen Freund, der uns mitnehmen konnte. Wir gingen gemeinsam zu seinem Auto, das er an einer BP-Tankstelle am Ortsausgang von Wilster geparkt hatte. Dort standen noch mehrere Autos, an denen sich viele Leute sammelten. Während wir noch auf Freunde von ihm warteten, ging der Tumult plötzlich los. Ohne ersichtlichen Anlaß war die Tankstelle plötzlich von Männern umzingelt, die mit Schlagstöcken, Messern, Pistolen und Maschinenpistolen bewaffnet waren...“

Wird hier ein Raubüberfall durch eine Gangsterbande geschildert? Wäre nicht von Wilster und Itzehoe die Rede, so würde man einen solchen oder ähnlichen Tatbestand vermuten. Es handelt sich jedoch um den Bericht der Demonstrantin B. N. aus Hamburg über einen Überfall auf KKW-Gegner, der von „Hütern des Gesetzes“, von Polizeibeamten der MEK (Mobiles Einsatzkommando) — im Volksmund auch „Mord-Einsatzkommandos“ genannt — verübt wurde. Schauplatz: Wilstermarsch am Abend des 19. 2. nach der großen Demonstration der KKW-Gegner. Die Demonstrantin B. N. berichtet weiter:

„Auffällig war, daß keiner von ihnen Uniform trug, sondern alle wie wir bekleidet waren, d. h. Helme oder Mützen, Regenzeug und Stiefel trugen. Ihre Gesichter waren teilweise durch Tücher oder Wollmützen mit Augenschlitzen vermummt. (...) Als ich loslief, stellte sich mir ein Mann mit Pistole in den Weg, der mich anschrie, ich solle stehenbleiben. Ich drehte mich schnell um, um hintenherum wegzukommen. Aber da versperrte mir einer mit einer auf mich gerichteten Maschinenpistole den Weg. Als ich zurückwich, wurde ich von hinten gepackt und ziemlich brutal zwischen die Autos gestoßen, wo schon ca. sechs andere am Boden saßen. Uns wurde befohlen, uns mit dem Gesicht zum Boden hinzulegen. Aber wir weigerten uns und ich setzte mich zu den anderen. (...) Mitten auf dem Platz lag einer von uns mit auf den Rücken gefesselten Händen. (...) In der Zwischenzeit hatten sich vor der Tankstelle viele Demonstranten gesammelt, die in Sprechchören unsere Freilassung forderten.“

Die ganze MEK-Aktion wurde von uniformierten Polizeikräften gegen die Demonstranten, die zusammenströmten, abgesichert. Später mußten die Überfallenen mit erhobenen Händen auf einen Hinterhof gehen, wo sie sich an einer Mauer aufstellen mußten. Hier standen ca. 20 meist vermummte Polizisten in Zivil. Immer mehr Gefangene wurden auf den Hof geführt, teilweise waren sie gefesselt. Einige der Demonstranten wurden brutal geschlagen und getreten. Einige mit sogenannten „Plastik-Einwegfesseln“ gefesselt. 15 bis 20 Minuten mußten die Gefangenen auf dem eiskalten Boden im Dreck liegenbleiben. Später wurden sie auf dem Boden an eine Mauer geschleift, dort aufgestellt und durchsucht. Einigen wurden anschließend die Fesseln mit einem Messer wieder aufgeschnitten. Hierbei erlitten sie z. T. Schnittverletzungen an den Händen.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich am gleichen Abend gegen 22. 15 Uhr auf der Strecke Wilster-Itzehoe an der Ausfahrt Heiligenstätten. Ca. 18 als Demonstranten verkleidete schwerbewaffnete Polizisten hielten einen VW-Bus an und öffneten alle Türen mit dem Ruf: „Fahrzeugpapiere!“ Sie warteten jedoch nicht ab, bis der Fahrer die Fahrzeugpapiere vorzeigen konnte, sondern zerrten sofort die Insassen aus dem Auto. Die meisten hatten ihre durchnäßte Kleidung und Schuhe ausgezogen. Es wurde ihnen keine Gelegenheit gelassen, Kleider und Schuhe wieder anzuziehen. Dem Fahrer des Fahrzeugs zog man sofort einen Parker über das Gesicht, fesselte ihn und legte ihn bis zum Abtransport auf eine Kühlerhaube. Der Beifahrer wurde in den sich neben der Straße befindlichen Wasssergraben geworfen. Als er heraus wollte, zwang man ihn mit vorgehaltener Pistole zum Liegenbleiben. Er wurde dann gefesselt und in den PKW der Polizisten geworfen. Der zweite Beifahrer wurde ebenfalls die Böschung hinuntergestoßen. Dann wurde er an den Haaren gepackt und mit vorgehaltener Pistole drückte man ihm das Gesicht in den Schlamm. Danach wurde er gefesselt und auf den Kühler eines Autos gelegt. Von mehreren Beamten wurde er jetzt mit einem Knüppel geschlagen und dann an den Haaren in den Bus gezerrt. Bei jedem Ruf um Hilfe wurde er erneut geschlagen.

Solche und ähnliche Mißhandlungen wurden auch noch an anderen Insassen des VW-Busses verübt. Nachdem alle Gefangenen in zivile Polizeifahrzeuge gebracht worden waren, fuhren diese ohne Rücksicht auf die auf der Straße befindlichen Demonstranten los. Ein Polizeiauto steuerte dabei im Zick-Zack-Kurs direkt auf einzelne Personen zu. Dabei wurde ein Demonstrant verletzt. Andere konnten sich noch durch Sprünge zur Seite retten. Ein Demonstrant, der infolge dieser Amokfahrten der Polizei auf die Straße geschleudert wurde, wäre fast totgefahren worden, als ein anderer Zivilpolizist direkt auf den am Boden Liegenden losfuhr.

Die geschilderten Vorfälle, denen sich noch weitere ähnliche Polizeiüberfälle von diesem Tage hinzufügen ließen, enthüllen klar den terroristischen Charakter der Polizei in „unserem“ Staat. Sondereinheiten wie die MEK unterscheiden sich praktisch in nichts mehr von Hitlers SA oder SS. Dabei soll man nicht glauben, es habe sich bei diesen Überfällen um „Entgleisungen“ einzelner Polizisten gehandelt. Diese Aktionen waren koordiniert mit dem gesamten Vorgehen der Unterdrückungskräfte der Bourgeoisie an diesem Tag in der Wilstermarsch, sie waren Bestandteil eines bürgerkriegsmäßigen Großeinsatzes, in den die Bourgeoisie praktisch alle Elemente ihres bewaffneten Gewaltapparates einbezogen hatte.

Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben oder anderswo!

Korrespondenz. Die Katze ist aus dem Sack! Nach langem Hin und Her der Beratungen über die Standortfrage der ersten bundesdeutschen Wiederaufbereitungsanlage und Atommülldeponie soll diese nun bei Gorleben, nahe der Grenze zur DDR, in Niedersachsen errichtet werden.

Die Fabrik soll auf einem Gelände von 3 ×4 km mit meterdicken Stahlbetonwänden gebaut werden. Der in dieser Anlage anfallende hochradioaktive Atommüll soll in einem unter der Fabrik liegenden Salzstollen für Jahrtausende gelagert werden. Der Salzstock selbst ist etwa 10-12 km lang und 3-4 km breit. Von dieser Anlage geht eine Gesundheits- und Lebensgefährdung aus, die mit keiner herkömmlichen Umweltverschmutzung vergleichbar ist. Über einen 400 m hohen Schornstein sollen radioaktive Stoffe möglichst breit verteilt werden. Dies bedeutet eine große Gesundheitsbelastung für die Bevölkerung und wird mit Sicherheit zu einer erhöhten Leukämie- und Krebsrate führen. Was darüber hinaus bei einem Unfall in einer solchen Anlage passieren kann, wurde erst kürzlich durch eine Geheimstudie bekannt: bis zu 30 Millionen Tote!

Atom- und Energiewirtschaft, Bundes- und Landesregierung wissen sehr wohl um die Gefahren, die von einer solchen Anlage ausgehen. Aber was kümmert sie die Gesundheit der Bevölkerung?! Für sie ist diese Anlage zur unbedingten Notwendigkeit geworden, soll das Geschäft mit der Kernenergie weiter blühen und gedeihen. Sie wissen nämlich nicht mehr, wohin mit dem ganzen Atommüll und den abgebrannten Brennstäben, die sich in der DBR bereits angesammelt haben. Als die Kapitalisten vor Jahren begannen, die ersten KKW's zu bauen, dachte noch keiner von ihnen an die Probleme, die sich durch den Atommüll ergeben. Anarchie und Plansoligkeit der Produktion sind eben Wesensmerkmale der kapitalistischen Produktion.

Noch mehr Kopfzerbrechen macht diesen Herren jedoch der wachsende Widerstand der Bevölkerung, die eine solche Anlage nicht haben will und an allen möglichen in Betracht gezogenen Standorten zum Teil militant dagegen gekämpft hat. Auch die Bevölkerung von Gorleben und Umgebung will keinen „Entsorgungspark“ (so nennen die Kapitalisten die Anlage) — 95% hat sich bereits dagegen ausgesprochen. Trekkerdemonstrationen fanden schon statt und am 12. 3. wird dort eine große Demonstration stattfinden. Die Bourgeoisie hat sich bereits damit abgefunden, daß sie den Bau der Anlage — wie die Errichtung des KKWs Brokdorf — mit Gewalt, mit ihren Bürgerkriegstruppen Polizei und Bundesgrenzschutz, wird durchsetzen müssen.

So erklärte Albrecht in einem Gespräch mit der „Hannoverschen Allgemeinen“, Gorleben sei deshalb als Standort ausgewählt worden, weil Gorleben wegen seiner Verkehrsferne und wegen der nahen DDR-Grenze (Gorleben liegt im „Aufgabengebiet“ des BGS!) besser gegen „mögliche gewaltsame Demonstrationen zu sichern sei“. Eine klare Sprache! Wenn Albrecht aber meint, er hätte bei der Gorlebener Bevölkerung ein „Vertrauenskapital“, dann hat er die Rechnung ohne den Wirt gemacht! **Der Kampf hat eben erst begonnen.**

Ami go home!

Waldheide den Heilbronnern!

Korrespondenz. Jedes Wochenende suchen Hunderte von Familien Erholung in den Wäldern um Waldheide, dem Naherholungsbereich der Heilbronner. Bisher war diese Freude nur getrübt durch die häßlichen, stacheldrahtbewehrten Bunker der Amis, die Flurschäden und den Dreck, den sie in den Wäldern verursachen. Doch immer noch war es möglich, die Wälder zu betreten. Dies ist über Nacht alles anders geworden.

Über Nacht wurde das Betreten dieses Bereiches verboten. Rücksichtslos wurden Hinweisschilder für Wanderer umgeholzt und auf großen Tafeln wird nun mit Lebensgefahr bei Betreten des Geländes gedroht. Großzügig darf sich der Erholungssuchende noch auf den asphaltierten Fahrstraßen bewegen. Als wenn man nicht genug von seiner asphaltierten, betonierten, verdreckten und vergifteten Umwelt hätte!



Diese Nacht- und Nebelaktion der Amis und unserer Staatsorgane hat natürlich den Protest der Heilbronner Bevölkerung hervorgerufen. So sahen sich auch die bürgerlichen Schreiberlinge der „Heilbronner Stimme“ gezwungen, das Vorgehen der Behörden eine „ausgesprochen taktische Fehlleistung“ zu nennen. Was heißt denn hier „taktische Fehlleistung“? Scheinbar schwebte diesen Herren eine geschicktere Art des Volksbetrugs vor. Vielleicht mittels eines Volksfestes, wie es die Amis in trauter Eintracht mit unseren Stadtoberen und Kapitalisten in schöner Regelmäßigkeit veranstalten? Oder vielleicht eine Propagandaoffensive, mit der „bewiesen“ wird, daß durch die Pershingraketen mit ihren atomaren Gefechtsköpfen ein neuer 4. Dezember 1944, als Heilbronn zerstört wurde, verhindert werden könnte? Doch die Heilbronner Bevölkerung und die der umliegenden Gemeinden wird sich nicht für dumm verkaufen lassen.

Was haben die Amis hier zu suchen? Sie behaupten, hier unsere Freiheit zu verteidigen. Die beiden Supermächte ringen um die Weltherrschaft und ihre Rivalität führt zum Krieg. Die US-Imperialisten werden sich die „Freiheit“ nehmen, Deutschland in ihr Schlachtfeld zu verwandeln, solange sie und ihre deutschen kapitalistischen Busenfreunde nicht vertrieben und gestürzt werden und ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland errichtet ist. Nicht umsonst wurden die Raketenanlagen auf der Waldheide ausgebaut. Die Sperrung des Stadtwaldes dürfen wir uns nicht bieten lassen. Weg mit dem militärischen Sperrgebiet — unter dieser Forderung können wir uns, unabhängig von Parteizugehörigkeit und politischer Überzeugung, zusammenschließen und den Kampf aufnehmen. Denn von seiten des Staates haben wir nichts zu erwarten. Deshalb rufen wir alle, die für die Beseitigung der Sperranlagen kämpfen wollen, auf, sich in einer Bürgerinitiative zusammenzuschließen.

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen“, Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen“, 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen“, Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen“, Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen“, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.